

Amtsblatt

der Europäischen Union

L 282

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

50. Jahrgang
26. Oktober 2007

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden

VERORDNUNGEN

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1247/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1947/2005 hinsichtlich der von Finnland gewährten einzelstaatlichen Beihilfen für Saatgut bzw. Getreidesaatgut** 1
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1248/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 betreffend die Haushaltsdisziplin** 3
- Verordnung (EG) Nr. 1249/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 5
- Verordnung (EG) Nr. 1250/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand 7
- Verordnung (EG) Nr. 1251/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Sirupe und einige andere Erzeugnisse des Zuckersektors in unverändertem Zustand 9
- Verordnung (EG) Nr. 1252/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker im Rahmen der Dauerausschreibung nach der Verordnung (EG) Nr. 900/2007 11
- Verordnung (EG) Nr. 1253/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker im Rahmen der Dauerausschreibung nach der Verordnung (EG) Nr. 1060/2007 12
- Verordnung (EG) Nr. 1254/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse 13

★ Verordnung (EG) Nr. 1255/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 zur Festlegung von allgemeinen Regeln für die Durchführung und die Funktionen der Domäne oberster Stufe „eu“ und der allgemeinen Grundregeln für die Registrierung ⁽¹⁾	16
★ Verordnung (EG) Nr. 1256/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 829/2007 in Bezug auf die Übergangsfrist für die Verwendung von Handelspapieren und Veterinärbescheinigungen für tierische Nebenprodukte ⁽¹⁾	30
Verordnung (EG) Nr. 1257/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Erteilung der im Rahmen des mit der Verordnung (EG) Nr. 327/98 für den Teilzeitraum vom Oktober 2007 eröffneten Zollkontingents zur Einfuhr von Reis beantragten Lizenzen	32
Verordnung (EG) Nr. 1258/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse des Getreide- und Reissektors in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren	35
Verordnung (EG) Nr. 1259/2007 der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse des Zuckersektors in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren	39

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden

ENTSCHEIDUNGEN UND BESCHLÜSSE

Kommission

2007/686/EG:

★ Entscheidung der Kommission vom 30. November 2005 in einem Verfahren nach Artikel 81 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gegen Armando Álvarez SA, Bernay Film Plastique, Bischof + Klein France SAS, Bischof + Klein GmbH & Co. KG, Bonar Technical Fabrics N.V., British Polythene Industries PLC, Cofira-Sac SA, Combipac B.V., Fardem Packaging B.V., FLSmith & Co. A/S, FLS Plast A/S, Groupe Gascogne, JM Gesellschaft für industrielle Beteiligungen mbH & Co. KGaA, Kendrion N.V., Koninklijke Verpakkingsindustrie Stempheer C.V., Low & Bonar PLC, Nordenia International AG, Nordfolien GmbH, Plásticos Españoles S.A., RKW AG Rheinische Kunststoffwerke, Sachsa Verpackung GmbH, Stempheer B.V., Trioplast Industrier AB, Trioplast Wittenheim SA, UPM-Kymmene Oyj (Sache Nr. COMP/38354 — Industriesäcke) (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2005) 4634).....	41
---	----

2007/687/EG:

★ Entscheidung der Kommission vom 18. August 2006 über die Vereinbarkeit eines Zusammenschlusses mit dem Gemeinsamen Markt und dem EWR-Abkommen (COMP/M.3848 — Sea-Invest/EMO-EKOM) (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 3710) ⁽¹⁾	47
---	----

2007/688/EG:

★ Entscheidung der Kommission vom 19. Oktober 2007 zur Änderung der Entscheidung 2005/393/EG hinsichtlich Sperrzonen im Zusammenhang mit der Blauzungenkrankheit (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2007) 5054) ⁽¹⁾	52
--	----



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

2007/689/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Änderung der Anlage des Anhangs VI der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens hinsichtlich bestimmter Milch verarbeitender Betriebe in Bulgarien** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2007) 5170) ⁽¹⁾ 60
-

III *In Anwendung des EU-Vertrags erlassene Rechtsakte*

IN ANWENDUNG VON TITEL V DES EU-VERTRAGS ERLASSENE RECHTSAKTE

- ★ **Beschluss 2007/690/GASP des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Durchführung der Gemeinsamen Aktion 2005/557/GASP über die zivil-militärische Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan und in Somalia** 62



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden)

VERORDNUNGEN

VERORDNUNG (EG) Nr. 1247/2007 DES RATES

vom 22. Oktober 2007

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1947/2005 hinsichtlich der von Finnland gewährten einzelstaatlichen Beihilfen für Saatgut bzw. Getreidesaatgut

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 36 und Artikel 37 Absatz 2 Unterabsatz 3,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Nach Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1947/2005 ⁽¹⁾ kann Finnland wegen seiner besonderen klimatischen Bedingungen mit Genehmigung der Kommission für bestimmte Mengen Saatgut bzw. für bestimmte Mengen Getreidesaatgut, die in Finnland erzeugt werden, Beihilfen gewähren.

(2) Gemäß Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1947/2005 hat die Kommission dem Rat auf der Grundlage der ihr von Finnland übermittelten Angaben einen Bericht unterbreitet. Aus diesem Bericht geht hervor, dass den Saatgut- und Getreidesaatguterzeugern in Finnland auch durch andere Beihilferegulungen für finnische Landwirte ein Ausgleich für die klimatischen Bedingungen, unter denen sie arbeiten, geboten wird.

(3) Der Bericht zeigt auch, dass die Getreidesaatguterzeugung in Finnland eine ansteigende Tendenz aufweist, und dass im Vergleich mit der im Land erzeugten Menge nur eine geringe Menge Getreidesaatgut eingeführt wird. Außerdem ist dem Bericht zu entnehmen, dass die Einfuhrmengen bei rückläufiger inländischer Saatguterzeugung ansteigen und umgekehrt; daraus ist zu schließen, dass inländisches Saatgut durch Einfuhren ersetzt werden kann und die einzelstaatlichen Beihilfen in Finnland den Wettbewerb mit den Einfuhrerzeugnissen verzerren können.

(4) Die Vermehrung von Lieschgrassaatgut in Finnland erfolgt unter nahezu optimalen und relativ wettbewerbsfähigen Bedingungen. Eine Beibehaltung gekoppelter Beihilfen bietet einen Anreiz für die Erzeugung von Lieschgrassaatgut in Finnland. Die Gewährung einzelstaatlicher Beihilfen sollte daher beendet werden.

(5) Aus den obigen Gründen sollte Finnland im Interesse des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarktes nicht länger die Möglichkeit eingeräumt werden, einzelstaatliche Beihilfen für Saatgut bzw. Getreidesaatgut zu gewähren. Damit sich die finnischen Landwirte auf eine Situation ohne einzelstaatliche Beihilfen einrichten können, sollte jedoch eine letzte zusätzliche Übergangsfrist vorgesehen werden, in der Beihilfen für die Erzeugung von Saatgut bzw. Getreidesaatgut, mit Ausnahme für Lieschgrassaatgut, gewährt werden und an deren Ende diese Beihilfen vollständig abgeschafft werden.

(6) Mit Blick auf eine zwischenzeitliche Überprüfung der nationalen Beihilferegulierung sollte Finnland aufgefordert werden, einen ausführlichen Bericht über die Auswirkungen der gewährten einzelstaatlichen Beihilfen vorzulegen.

(7) Die Verordnung (EG) Nr. 1947/2005 sollte daher entsprechend geändert werden —

⁽¹⁾ ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 3.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1947/2005 erhält folgende Fassung:

„(2) Finnland kann vorbehaltlich der Genehmigung der Kommission für bestimmte Mengen Saatgut, mit Ausnahme von Lieschgrassaatgut (*Phleum pratense* L.), bzw. für bestimmte Mengen Getreidesaatgut, die ausschließlich in Finn-

land erzeugt werden, bis einschließlich zur Ernte 2010 Beihilfen gewähren.

Bis spätestens 31. Dezember 2008 legt Finnland der Kommission einen ausführlichen Bericht über die Wirkungen der gewährten Beihilfen vor.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Luxemburg am 22. Oktober 2007.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. SILVA

VERORDNUNG (EG) Nr. 1248/2007 DES RATES

vom 22. Oktober 2007

zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 betreffend die Haushaltsdisziplin

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 37, 279 und 308,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 des Rates vom 26. September 2000 betreffend die Haushaltsdisziplin ⁽³⁾ enthält Vorschriften, die eine ordentliche Verwaltung der Ausgaben der Gemeinschaft sowohl in Bezug auf den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds, Abteilung Garantie, als auch in Bezug auf die Reserven in Verbindung mit Aktionen im Außenbereich gewährleisten, wobei die Grundsätze des effizienten Finanzmanagements, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 6. Mai 1999 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens ⁽⁴⁾ verankert sind, maßgebend sind.

(2) Was den Teil I der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 — Ausgaben im Agrarbereich — anbelangt, so ergibt sich aus der Festlegung der Obergrenzen in dem Finanzrahmen 2007—2013, die im Anhang I zur Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽⁵⁾ („die Interinstitutionelle Vereinbarung von 2006“) vom 17. Mai 2006 beziffert sind, dass die Beibehaltung der in der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 vorgesehenen Agrarleitlinie nicht mehr notwendig ist.

(3) Die übrigen Vorschriften betreffend die Haushaltsdisziplin im Agrarbereich in Teil I der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 sind durch die Artikel 18, 19 und 20 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik ersetzt worden ⁽⁶⁾.

(4) Was den Teil II der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 — Reserven in Verbindung mit Aktionen im Außenbereich — anbelangt, so sind für die Finanzierung des Garantiefonds und der Reserve für Soforthilfen keine besonderen Vorschriften und Maßnahmen, die im Kontext des Eigenmittelsystems Ausnahmen darstellen, mehr notwendig. Die Reserve für Darlehensgarantien wird im Finanzrahmen 2007—2013 der Interinstitutionellen Vereinbarung von 2006 durch eine Haushaltslinie unter der Rubrik 4 mit der Bezeichnung „Die EU als globaler Akteur“ ersetzt. Die wesentlichen Grundsätze, die auf die Reserve für Soforthilfen Anwendung finden, sind in der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften ⁽⁷⁾ enthalten, die Höhe der Reserve für Soforthilfen und die Bedingungen für ihre Inanspruchnahme sind dagegen in der Interinstitutionellen Vereinbarung von 2006. Da die Interessen Dritter nicht unmittelbar betroffen sind, müssen diese in keine Verordnung aufgenommen werden.

(5) Alle Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 sind daher überflüssig geworden.

(6) Die Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 sollte deshalb aufgehoben werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 2040/2000 wird mit Wirkung vom 1. Januar 2007 aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

⁽¹⁾ Stellungnahme vom 13. März 2007 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ ABl. C 8 vom 12.1.2007, S. 3.

⁽³⁾ ABl. L 244 vom 29.9.2000, S. 27.

⁽⁴⁾ ABl. C 172 vom 18.6.1999, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 378/2007 (ABl. L 95 vom 5.4.2007, S. 1).

⁽⁷⁾ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 (ABl. L 390 vom 30.12.2006, S. 1).

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Luxemburg am 22. Oktober 2007.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. SILVA

VERORDNUNG (EG) Nr. 1249/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Jean-Luc DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 756/2007 (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 41).

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	MA	57,7
	MK	35,2
	ZZ	46,5
0707 00 05	EG	151,2
	JO	190,9
	MA	35,8
	MK	45,9
	TR	149,9
	ZZ	114,7
	0709 90 70	TR
ZZ		124,8
0805 50 10	AR	76,8
	TR	88,5
	UY	73,9
	ZA	54,4
	ZZ	73,4
0806 10 10	BR	246,8
	MK	26,1
	TR	124,5
	US	212,4
	ZZ	152,5
0808 10 80	AU	148,5
	CL	161,2
	MK	35,3
	NZ	104,7
	US	96,8
	ZA	102,6
0808 20 50	ZZ	108,2
	AR	49,1
	CN	65,0
	TR	124,4
	ZZ	79,5

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1833/2006 der Kommission (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 19). Der Code „ZZ“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1250/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 kann der Unterschied zwischen den Preisen auf dem Weltmarkt der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b der angeführten Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen dieser Erzeugnisse auf dem Gemeinschaftsmarkt durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.
- (2) Angesichts der derzeitigen Lage auf dem Zuckermarkt sind in Übereinstimmung mit den Regeln und bestimmten Kriterien gemäß den Artikeln 32 und 33 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 Ausfuhrerstattungen festzulegen.

- (3) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 kann die Ausfuhrerstattung je nach Zielbestimmung unterschiedlich festgesetzt werden, wenn dies die Lage auf dem Weltmarkt oder die spezifischen Anforderungen bestimmter Märkte erfordern.
- (4) Erstattungen sind nur für Erzeugnisse zu gewähren, die in der Gemeinschaft zum freien Verkehr zugelassen sind und die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 erfüllen.
- (5) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Ausfuhrerstattungen gemäß Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 werden für die Erzeugnisse und die Beträge gemäß dem Anhang dieser Verordnung gewährt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Jean-Luc DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 247/2007 der Kommission (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 3).

ANHANG

Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand ab dem 26. Oktober 2007 ^(a)

Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungsbetrag
1701 11 90 9100	S00	EUR/100 kg	28,57 ⁽¹⁾
1701 11 90 9910	S00	EUR/100 kg	28,57 ⁽¹⁾
1701 12 90 9100	S00	EUR/100 kg	28,57 ⁽¹⁾
1701 12 90 9910	S00	EUR/100 kg	28,57 ⁽¹⁾
1701 91 00 9000	S00	EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,3106
1701 99 10 9100	S00	EUR/100 kg	31,06
1701 99 10 9910	S00	EUR/100 kg	31,06
1701 99 10 9950	S00	EUR/100 kg	31,06
1701 99 90 9100	S00	EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,3106

NB: Die Bestimmungsländer sind wie folgt definiert:

S00 — alle anderen Bestimmungen mit Ausnahme der folgenden Bestimmungen:

- a) Drittländer: Albanien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Andorra, Liechtenstein, Heiliger Stuhl (Vatikanstadt);
- b) Gebiete der EU-Mitgliedstaaten, die nicht zum Zollgebiet der Gemeinschaft gehören: Gibraltar, Ceuta, Melilla, die Gemeinden Livigno und Campione d'Italia, Helgoland, Grönland, die Färöer und die Landesteile der Republik Zypern, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt.

^(a) Die in diesem Anhang aufgeführten Beträge sind gemäß dem Beschluss 2005/45/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Abschluss und die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 22. Juli 1972 in Bezug auf die Bestimmungen über landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse mit Wirkung vom 1. Februar 2005 anzuwenden (ABl. L 23 vom 26.1.2005, S. 17).

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 %. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 % abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag für die jeweilige Ausfuhr mit einem Berichtigungskoeffizienten multipliziert, der ermittelt wird, indem das gemäß Anhang I Abschnitt III Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 berechnete Rendement des ausgeführten Rohzuckers durch 92 geteilt wird.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1251/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Sirupe und einige andere Erzeugnisse des Zuckersektors in unverändertem Zustand**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 kann der Unterschied zwischen den Preisen auf dem Weltmarkt der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben c, d und g der angeführten Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen dieser Erzeugnisse auf dem Gemeinschaftsmarkt durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.
- (2) Angesichts der derzeitigen Lage auf dem Zuckermarkt sind in Übereinstimmung mit den Regeln und bestimmten Kriterien gemäß den Artikeln 32 und 33 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 Ausfuhrerstattungen festzulegen.
- (3) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 kann die Ausfuhrerstattung je nach Zielbestimmung unterschiedlich festgesetzt werden, wenn dies die Lage auf dem Weltmarkt oder die spezifischen Anforderungen bestimmter Märkte erfordern.
- (4) Erstattungen sind nur für Erzeugnisse zu gewähren, die in der Gemeinschaft zum freien Verkehr zugelassen sind und die Anforderungen der Verordnung (EG)

Nr. 951/2006 der Kommission vom 30. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 für den Zuckerhandel mit Drittländern⁽²⁾ erfüllen.

- (5) Die Ausfuhrerstattungen können festgesetzt werden, um das Wettbewerbsgefälle zwischen Gemeinschafts- und Drittlandsausfuhren auszugleichen. Für Gemeinschaftsausfuhren nach bestimmten nahe gelegenen Bestimmungen und in Drittländer, in die Gemeinschaftserzeugnisse mit Präferenzbehandlung eingeführt werden können, ist die Wettbewerbsposition zurzeit besonders günstig. Daher sollten Erstattungen bei der Ausfuhr nach diesen Bestimmungen abgeschafft werden.
- (6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Ausfuhrerstattungen gemäß Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 werden für die Erzeugnisse und die Beträge gemäß dem Anhang dieser Verordnung unter den Bedingungen von Absatz 2 dieses Artikels gewährt.
- (2) Die erstattungsfähigen Erzeugnisse gemäß Absatz 1 müssen die einschlägigen Anforderungen gemäß Artikel 3 und Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 951/2006 erfüllen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Jean-Luc DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 247/2007 der Kommission (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 3).

⁽²⁾ ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 24. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2031/2006 (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 43).

ANHANG

Ausfuhrerstattungen für Sirupe und einige andere Erzeugnisse des Zuckersektors in unverändertem Zustand ab 26. Oktober 2007 ⁽⁴⁾

Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungsbetrag
1702 40 10 9100	S00	EUR/100 kg Trockenstoff	31,06
1702 60 10 9000	S00	EUR/100 kg Trockenstoff	31,06
1702 60 95 9000	S00	EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,3106
1702 90 30 9000	S00	EUR/100 kg Trockenstoff	31,06
1702 90 60 9000	S00	EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,3106
1702 90 71 9000	S00	EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,3106
1702 90 99 9900	S00	EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,3106 ⁽¹⁾
2106 90 30 9000	S00	EUR/100 kg Trockenstoff	31,06
2106 90 59 9000	S00	EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,3106

NB: Die Bestimmungsländer sind wie folgt definiert:

S00 — alle anderen Bestimmungen mit Ausnahme der folgenden Bestimmungen:

- a) Drittländer: Albanien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Andorra, Liechtenstein, Heiliger Stuhl (Vatikanstadt);
- b) Gebiete der EU-Mitgliedstaaten, die nicht zum Zollgebiet der Gemeinschaft gehören: Gibraltar, Ceuta, Melilla, die Gemeinden Livigno und Campione d'Italia, Helgoland, Grönland, die Färöer und die Landesteile der Republik Zypern, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt.

⁽⁴⁾ Die in diesem Anhang aufgeführten Beträge sind gemäß dem Beschluss 2005/45/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Abschluss und die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 22. Juli 1972 in Bezug auf die Bestimmungen über landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse mit Wirkung vom 1. Februar 2005 anzuwenden (ABl. L 23 vom 26.1.2005, S. 17).

⁽¹⁾ Der Grundbetrag gilt nicht für das unter Nummer 2 im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 3513/92 der Kommission beschriebene Erzeugnis (ABl. L 355 vom 5.12.1992, S. 12).

VERORDNUNG (EG) Nr. 1252/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker im Rahmen der Dauerausschreibung nach der Verordnung (EG) Nr. 900/2007**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 2 und Unterabsatz 3 Buchstabe b,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 900/2007 der Kommission vom 27. Juli 2007 über eine Dauerausschreibung bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2007/08 zur Festsetzung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker ⁽²⁾ werden Teilausschreibungen durchgeführt.
- (2) Gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 900/2007 ist es nach Prüfung der für die am

25. Oktober 2007 ablaufende Teilausschreibung eingegangenen Angebote angebracht, den Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung festzusetzen.

- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die am 25. Oktober 2007 ablaufende Teilausschreibung wird der Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung für das in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 900/2007 genannte Erzeugnis auf 36,062 EUR/100 kg festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Jean-Luc DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 247/2007 der Kommission (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 3).

⁽²⁾ ABl. L 196 vom 28.7.2007, S. 26.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1253/2007 DER KOMMISSION
vom 25. Oktober 2007
zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker im Rahmen der
Dauerausschreibung nach der Verordnung (EG) Nr. 1060/2007

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 2 und Unterabsatz 3 Buchstabe b,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2007 der Kommission vom 14. September 2007 zur Eröffnung einer Dauerausschreibung für den Wiederverkauf von Zucker aus Beständen der belgischen, der tschechischen, der spanischen, der irischen, der italienischen, der ungarischen, der polnischen, der slowakischen und der schwedischen Interventionsstelle für die Ausfuhr ⁽²⁾ werden Teilausschreibungen durchgeführt.

(2) Gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1060/2007 ist es nach Prüfung der für die am

24. Oktober 2007 ablaufende Teilausschreibung eingegangenen Angebote angebracht, den Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung festzusetzen.

(3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die am 24. Oktober 2007 ablaufende Teilausschreibung wird der Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung für das in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1060/2007 genannte Erzeugnis auf 436,40 EUR/t festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Jean-Luc DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 247/2007 der Kommission (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 3).

⁽²⁾ ABl. L 242 vom 15.9.2007, S. 8.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1254/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 und Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 bestimmen, dass der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnungen genannten Erzeugnisse und den Preisen für die Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.

(2) Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 sind die Erstattungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung einerseits des verfügbaren Getreides und des Reises und Bruchreises und ihrer Preise in der Gemeinschaft und andererseits der Preise für Getreide, Reis, Bruchreis und Getreideerzeugnisse auf dem Weltmarkt festzusetzen. Nach denselben Artikeln ist auf den Getreide- und Reismärkten für eine ausgeglichene Lage und für eine natürliche Preis- und Handelsentwicklung zu sorgen. Ferner ist den wirtschaftlichen Aspekten der geplanten Ausfuhren sowie der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Marktstörungen in der Gemeinschaft zu vermeiden.

(3) Die Verordnung (EG) Nr. 1518/95 der Kommission⁽³⁾ über die Regelung für die Einfuhr und die Ausfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen bestimmt in Artikel 2 die besonderen Kriterien, die bei der Berechnung der Erstattung für diese Erzeugnisse zu berücksichtigen sind.

⁽¹⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 78. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1154/2005 der Kommission (AbL. L 187 vom 19.7.2005, S. 11).

⁽²⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 96. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1549/2004 der Kommission (AbL. L 280 vom 31.8.2004, S. 13).

⁽³⁾ ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 55. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2993/95 (AbL. L 312 vom 23.12.1995, S. 25).

(4) Infolgedessen sind die für die einzelnen Erzeugnisse zu gewährenden Erstattungen zu staffeln, und zwar, je nach Erzeugnis, aufgrund des Gehaltes an Rohfasern, Asche, Spelzen, Proteinen, Fetten oder Stärke, wobei dieser Gehalt jeweils besonders charakteristisch für die tatsächlich in dem Verarbeitungserzeugnis enthaltene Menge des Grunderzeugnisses ist.

(5) Bei Maniokwurzeln, anderen Wurzeln und Knollen von tropischen Früchten sowie deren Mehlen machen wirtschaftliche Gesichtspunkte etwaiger Ausfuhren angesichts der Art und der Herkunft dieser Erzeugnisse zur Zeit eine Festsetzung von Ausfuhrerstattungen nicht erforderlich. Für einige Verarbeitungserzeugnisse aus Getreide ist es aufgrund der schwachen Beteiligung der Gemeinschaft am Welthandel gegenwärtig nicht notwendig, eine Ausfuhrerstattung festzusetzen.

(6) Die Lage auf dem Weltmarkt oder besondere Erfordernisse bestimmter Märkte können eine Differenzierung bei Erstattungen für bestimmte Erzeugnisse je nach ihrer Bestimmung notwendig machen.

(7) Die Erstattung muss einmal monatlich festgesetzt werden; sie kann zwischenzeitlich geändert werden.

(8) Bestimmte Maiserzeugnisse können so wärmebehandelt werden, dass für sie eine Erstattung gewährt werden könnte, die ihrer Qualität nicht gerecht wird. Für Erzeugnisse, die eine erste Gelbildung oder Gelierung aufweisen, sollte deshalb keine Ausfuhrerstattung gewährt werden.

(9) Der Verwaltungsausschuss für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Ausfuhrerstattungen für die in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1518/95 genannten Erzeugnisse werden wie im Anhang dieser Verordnung angegeben festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission
Jean-Luc DEMARTY
*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 25. Oktober 2007 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse

Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungs- betrag	Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungs- betrag
1102 20 10 9200 ⁽¹⁾	C10	EUR/t	0,92	1104 23 10 9300	C10	EUR/t	0,76
1102 20 10 9400 ⁽¹⁾	C10	EUR/t	0,79	1104 29 11 9000	C10	EUR/t	0,00
1102 20 90 9200 ⁽¹⁾	C10	EUR/t	0,79	1104 29 51 9000	C10	EUR/t	0,00
1102 90 10 9100	C10	EUR/t	0,00	1104 29 55 9000	C10	EUR/t	0,00
1102 90 10 9900	C10	EUR/t	0,00	1104 30 10 9000	C10	EUR/t	0,00
1102 90 30 9100	C10	EUR/t	0,00	1104 30 90 9000	C10	EUR/t	0,17
1103 19 40 9100	C10	EUR/t	0,00	1107 10 11 9000	C10	EUR/t	0,00
1103 13 10 9100 ⁽¹⁾	C10	EUR/t	1,19	1107 10 91 9000	C10	EUR/t	0,00
1103 13 10 9300 ⁽¹⁾	C10	EUR/t	0,92	1108 11 00 9200	C10	EUR/t	0,00
1103 13 10 9500 ⁽¹⁾	C10	EUR/t	0,79	1108 11 00 9300	C10	EUR/t	0,00
1103 13 90 9100 ⁽¹⁾	C10	EUR/t	0,79	1108 12 00 9200	C10	EUR/t	1,06
1103 19 10 9000	C10	EUR/t	0,00	1108 12 00 9300	C10	EUR/t	1,06
1103 19 30 9100	C10	EUR/t	0,00	1108 13 00 9200	C10	EUR/t	1,06
1103 20 60 9000	C10	EUR/t	0,00	1108 13 00 9300	C10	EUR/t	1,06
1103 20 20 9000	C10	EUR/t	0,00	1108 19 10 9200	C10	EUR/t	0,00
1104 19 69 9100	C10	EUR/t	0,00	1108 19 10 9300	C10	EUR/t	0,00
1104 12 90 9100	C10	EUR/t	0,00	1109 00 00 9100	C10	EUR/t	0,00
1104 12 90 9300	C10	EUR/t	0,00	1702 30 51 9000 ⁽²⁾	C10	EUR/t	1,03
1104 19 10 9000	C10	EUR/t	0,00	1702 30 59 9000 ⁽²⁾	C10	EUR/t	0,79
1104 19 50 9110	C10	EUR/t	1,06	1702 30 91 9000	C10	EUR/t	1,03
1104 19 50 9130	C10	EUR/t	0,86	1702 30 99 9000	C10	EUR/t	0,79
1104 29 01 9100	C10	EUR/t	0,00	1702 40 90 9000	C10	EUR/t	0,79
1104 29 03 9100	C10	EUR/t	0,00	1702 90 50 9100	C10	EUR/t	1,03
1104 29 05 9100	C10	EUR/t	0,00	1702 90 50 9900	C10	EUR/t	0,79
1104 29 05 9300	C10	EUR/t	0,00	1702 90 75 9000	C10	EUR/t	1,08
1104 22 20 9100	C10	EUR/t	0,00	1702 90 79 9000	C10	EUR/t	0,75
1104 22 30 9100	C10	EUR/t	0,00	2106 90 55 9000	C14	EUR/t	0,79
1104 23 10 9100	C10	EUR/t	0,99				

⁽¹⁾ Für Erzeugnisse, die einer Wärmebehandlung bis zur ersten Gelbildung unterzogen wurden, wird keine Erstattung gewährt.

⁽²⁾ Es gelten die Erstattungen gemäß der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 des Rates (ABl. L 281 vom 1.11.1975, S. 20).

NB: Die Erzeugniscode sowie die Bestimmungscode Serie „A“ sind in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/Gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2081/2003 (ABl. L 313 vom 28.11.2003, S. 11) festgelegt.

Die übrigen Bestimmungen sind wie folgt festgelegt:

C10: Alle Bestimmungen.

C14: Alle Bestimmungen außer der Schweiz und Liechtenstein.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1255/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 zur Festlegung von allgemeinen Regeln für die Durchführung und die Funktionen der Domäne oberster Stufe „eu“ und der allgemeinen Grundregeln für die Registrierung****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 733/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. April 2002 zur Einführung der Domäne oberster Stufe „eu“⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 1,

nach Konsultierung des Registers gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 733/2002,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 der Kommission⁽²⁾ werden zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 733/2002 die allgemeinen Regeln für die Durchführung und die Funktionen der Domäne oberster Stufe „eu“ und die allgemeinen Grundregeln für die Registrierung festgelegt.
- (2) Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 enthält die allgemeinen Regeln für geografische Bezeichnungen und legt ein Verfahren fest, nach dem die Mitgliedstaaten, Beitrittskandidaten und Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums verlangen können, dass ihr Name nur von der eigenen nationalen Regierung registriert oder reserviert wird. In Verfolgung dieses Ziels und im Hinblick auf die vollständige Gewährleistung der geografischen und sprachlichen Vielfalt der Europäischen Union und der Interessen sowohl der Mitgliedstaaten als auch der europäischen Bürger wurde die Verordnung (EG) Nr. 874/2004 am 10. Oktober 2005 durch die Verordnung (EG) Nr. 1654/2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 zur Festlegung von allgemeinen Regeln für die Durchführung und die Funktionen der Domäne oberster Stufe „eu“ und der allgemeinen Grundregeln für die

Registrierung geändert. Durch Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 wurde ein Anhang angefügt, der eine Liste der Namen enthält, deren Registrierung dem jeweiligen Mitgliedstaat vorbehalten ist, und eine Liste der Namen, die von bestimmten Drittländern, einschließlich der EU-Beitrittsländer, reserviert werden können.

- (3) Am 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union beigetreten. Folglich sollten Bulgarien und Rumänien nun die Möglichkeit haben, die für sie gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 reservierten Domänennamen zu registrieren. Um rechtlich klarzustellen, dass diesen beiden Mitgliedstaaten diese Möglichkeit zusteht, sollte der Anhang der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 entsprechend geändert werden.
- (4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der Stellungnahme des Kommunikationsausschusses, der durch Artikel 22 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie)⁽³⁾ eingesetzt wurde —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 wird durch den Anhang der vorliegenden Verordnung ersetzt.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Viviane REDING

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. L 113 vom 30.4.2002, S. 1.⁽²⁾ ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 40. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1654/2005 (ABl. L 266 vom 11.10.2005, S. 35).⁽³⁾ ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 33. Richtlinie geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 717/2007 (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 32).

ANHANG

1. Liste der Namen pro Land mit Angabe der Länder, die sie registrieren dürfen

ÖSTERREICH

1. österreich	22. oesterrike	43. republicaustria
2. oesterreich	23. republik-österrike	44. repúblicaaustria
3. republik-österreich	24. rakousko	45. républiqueautriche
4. republik-oesterreich	25. republika-rakousko	46. republicaaustria
5. afstria	26. repubblica-austria	47. republikoostenrijk
6. dimokratia-afstria	27. austrija	48. repúblicaaustria
7. østrig	28. republika-austrija	49. tasavaltaitävalta
8. republikken-østrig	29. respublika-austrija	50. republikösterrike
9. oestrig	30. ausztria	51. republikarakousko
10. austria	31. Osztrák-Köztársaság	52. republikaaustrija
11. republic-austria	32. Republika-Austriacka	53. respublikaaustrija
12. república-austria	33. rakúsko	54. OsztrákKöztársaság
13. autriche	34. republika-rakúsko	55. RepublikaAustriacka
14. république-autriche	35. avstrija	56. republikarakúsko
15. oostenrijk	36. republika-avstrija	57. republikaavstrija
16. republik-oostenrijk	37. awstrija	58. republikaawstrija
17. república-austria	38. republika-awstrija	59. aostria
18. itävalta	39. republikösterreich	60. vabariik-aostria
19. itävallan-tasavalta	40. republikoesterreich	61. vabariikaostria
20. itaevalta	41. dimokratiaafstria	
21. österrike	42. republikkenøstrig	

BELGIEN

1. belgie	18. vlaams-gewest	35. flandern
2. belgië	19. waals-gewest	36. wallonien
3. Belgique	20. brussels-hoofdstedelijk-gewest	37. bruessel
4. belgien	21. flamandre	38. brüssel
5. belgium	22. bruxelles	39. flaemische-gemeinschaft
6. bēlgica	23. communauté-flamande	40. flämische-gemeinschaft
7. belgica	24. communauté-flamande	41. franzoesische-gemeinschaft
8. belgio	25. communauté-française	42. französische-gemeinschaft
9. belgia	26. communauté-française	43. deutschsprachige-gemeinschaft
10. belgija	27. communauté-germanophone	44. flaemische-region
11. vlaanderen	28. communauté-germanophone	45. flämische-region
12. wallonie	29. région-flamande	46. wallonische-region
13. wallonië	30. region-flamande	47. region-bruessel-hauptstadt
14. brussel	31. région-wallonne	48. region-brüssel-hauptstadt
15. vlaamse-gemeenschap	32. region-wallonne	49. flanders
16. franse-gemeenschap	33. région-de-bruxelles-capitale	50. wallonia
17. duitstalige-gemeenschap	34. region-de-bruxelles-capitale	51. brussels

52. flemish-community	79. regione-fiamminga	106. regionen-bruxelles-hovedstadsomraadet
53. french-community	80. regione-vallona	107. flanderi
54. german-speaking-community	81. regione-di-bruxelles-capitale	108. flaaminkielinen-yhteiso
55. flemish-region	82. flandres	109. ranskankielinen-yhteiso
56. walloon-region	83. bruxelas	110. saksankielinen-yhteiso
57. brussels-capital-region	84. comunidade-flamenga	111. flanderin-alue
58. flandes	85. comunidade-francofona	112. vallonian-alue
59. valonia	86. comunidade-germanofona	113. brysselin-alue
60. bruselas	87. regio-flamenga	114. flandry
61. comunidad-flamenca	88. região-flamenga	115. valonsko
62. comunidad-francesa	89. regio-vala	116. brusel
63. comunidad-germanófono	90. região-vala	117. vlamske-spolecenstvi
64. comunidad-germanofona	91. regio-de-bruxelas-capital	118. francouzske-spolecenstvi
65. region-flamenca	92. região-de-bruxelas-capital	119. germanofonni-spolecenstvi
66. región-flamenca	93. vallonien	120. vlamsky-region
67. region-valona	94. bryssel	121. valonsky-region
68. región-valona	95. flamlaendskt-spraakomraade	122. region-brusel
69. region-de-bruselas-capital	96. fransktalande-spraakomraade	123. flandrija
70. región-de-bruselas-capital	97. tysktalande-spraakomraade	124. valonija
71. fiandre	98. flamlaenska-regionen	125. bruselj
72. vallonía	99. vallonska-regionen	126. flamska-skupnost
73. communita-fiamminga	100. bryssel-huvustad	127. frankofonska-skupnost
74. comunità-fiamminga	101. det-flamske-sprogsamfund	128. germanofonska-skupnost
75. communita-francese	102. det-franske-sprogsamfund	129. flamska-regija
76. comunità-francese	103. det-tysktalende-sprogsamfund	130. valonska-regija
77. communita-di-lingua-tesdesca	104. den-flamske-region	131. regija-bruselj
78. comunità-di-lingua-tesdesca	105. den-vallonske-region	

BULGARIEN

1. България	16. republicbulgaria	31. δημοκρατιατηςβουλγαριας
2. bulgaria	17. republic-bulgaria	32. δημοκρατια-της-βουλγαριας
3. bulharsko	18. republic_bulgaria	33. δημοκρατια_της_βουλγαριας
4. bulgarien	19. repubblicadibulgaria	34. republiekbulgarije
5. bulgaaria	20. repubblica-di-bulgaria	35. republiek-bulgarije
6. βουλγαρία	21. repubblica_di_bulgaria	36. republiek_bulgarije
7. bulgarie	22. repubblicabulgaria	37. republikabolgarija
8. bulgarija	23. repubblica-bulgaria	38. republika-bolgarija
9. bulgarije	24. repubblica_bulgaria	39. republika_bolgarija
10. bolgarija	25. republikbulgarien	40. republikabulgaria
11. republicofbulgaria	26. republik-bulgarien	41. republika-bulgaria
12. the-republic-of-bulgaria	27. republik_bulgarien	42. republika_bulgaria
13. the_republic_of_bulgaria	28. bulgaariavabariik	43. bulharskarepublica
14. republic-of-bulgaria	29. bulgaaria-vabariik	44. bulharska-republica
15. republic_of_bulgaria	30. bulgaaria_vabariik	45. bulharska-republica

46. republiquesbulgarie	55. repúblicabulgaria	64. republiken-bulgarien
47. republique-bulgarie	56. república-bulgaria	65. republiken_bulgarien
48. republique_bulgarie	57. república_bulgaria	66. repulicabulgaria
49. republicabulgarija	58. bulgarja	67. repulica-bulgaria
50. republica-bulgārija	59. bālgarija	68. repulica_bulgaria
51. republica_bulgārija	60. bulgariantasavalta	69. köztársaság-bulgária
52. repúblicabulgária	61. bulgarian-tasavalta	70. köztársaság-bulgária
53. repúblika-bulgária	62. bulgarian_tasavalta	71. köztársaság_bulgária
54. repúblika_bulgária	63. republikenbulgarien	

ZYPERN

1. cypem	16. kipras	31. republicadechipe
2. cyprus	17. kipra	32. republicadechipe
3. cyprus	18. ícipru	33. cypemrepublik
4. kypros	19. cypr	34. poblachtnacipíre
5. chypre	20. ciper	35. kyperskarepublika
6. zypern	21. cyprus	36. küprosevabariik
7. κυπρος	22. kibris	37. ciprusiköztársaság
8. cipro	23. republikkencypern	38. kiprorepublik
9. chipre	24. republikcyprus	39. kiprasrepublik
10. chipre	25. republicofcyprus	40. republikata'ícipru
11. cypem	26. kyproksentasavalta	41. republikacypryska
12. anchipír	27. republiquesdechypre	42. republikaciper
13. kypr	28. republikzypern	43. cyperskarepublika
14. küpros	29. κυπριακηδημοκρατια	44. kibriscumhuriyeti
15. ciprus	30. republicadicipro	

TSCHECHISCHE REPUBLIK

1. ceska-republika	16. republica-checa	31. cekijosrepublik
2. den-tjekkiske-republik	17. ceska-republika	32. csehkoztarsasag
3. tschechische-republik	18. ceska-republika	33. republicaceka
4. tsehhi-vabariik	19. tsekin-tasavalta	34. tsjechischerepubliek
5. τσεχικη-δημοκρατια	20. tjeckiska-republiken	35. republikaczeska
6. czech-republic	21. ceskarepublika	36. republicacheca
7. repulica-checa	22. dentjekkiskerepublik	37. ceskarepublika
8. republique-tcheque	23. tschechischerepublik	38. ceskarepublika
9. repubblica-ceca	24. tsehhi-vabariik	39. tsekintasavalta
10. cehijas-republika	25. τσεχικηδημοκρατια	40. tjeckiskarepubliken
11. cekijos-republika	26. czechrepublic	41. czech
12. cseh-koztarsasag	27. repulicacheca	42. cesko
13. repubblica-ceca	28. republiquetcheque	43. tjekkiet
14. tsjechische-republiek	29. republicaceca	44. tschechien
15. republika-ceska	30. cehijasrepublik	45. tsehhi

46. τσεχία	60. cechy	74. csehköztarsasag
47. czechia	61. česka-republika	75. republicacheca
48. chequia	62. tsehhi-vabariik	76. českarepublika
49. tchequie	63. republica-checa	77. česko
50. cechia	64. republique-tcheque	78. tsjechië
51. cehija	65. čehijas-republika	79. tsehhi
52. cekija	66. cseh-köztarsasag	80. chequia
53. csehorszag	67. republica-checa	81. tchequie
54. tsjechie	68. česka-republika	82. čehija
55. czechy	69. českarepublika	83. csehorszag
56. chequia	70. tsehhivabariik	84. česka
57. ceska	71. republicacheca	85. čechy
58. tsekinmaa	72. republiquetcheque	
59. tjeckien	73. čehijasrepublika	

DÄNEMARK

1. danemark	7. danimarca	13. dānija
2. denemarken	8. dinamarca	14. id-danimarka
3. danmark	9. dānemark	15. dania
4. danmark	10. dánsko	16. danska
5. tanska	11. taani	17. dānia
6. δαβία	12. danija	

ESTLAND

1. eesti	5. estónia	9. εσθονία
2. estija	6. estonie	10. igaunija
3. estland	7. estonija	11. viro
4. estonia	8. estonja	

FINNLAND

1. suomi	6. finlandia	11. finlande
2. finland	7. finlandja	12. φινλανδία
3. finska	8. finnország	13. soomi
4. finskó	9. suomija	14. finland
5. finlândia	10. somija	15. finsko

FRANKREICH

1. francia	10. francia	19. frança
2. francie	11. francija	20. francúzsko
3. frankrig	12. prancūzija	21. francuzsko
4. frankreich	13. prancuzija	22. francija
5. prantsusmaa	14. franciaország	23. ranska
6. γαλλία	15. franciaország	24. frankrike
7. gallia	16. franza	25. französische-republik
8. france	17. frankrijk	26. französische-republik
9. france	18. francja	27. französische-republik

28. franzosischerepublik	61. franche-comté	94. guyane
29. franzosische-republik	62. franchecomte	95. martinique
30. franzosische_republik	63. franchecomté	96. reunion
31. franzoeschicherepublik	64. haute-normandie	97. réunion
32. franzoeschische-republik	65. hautenormandie	98. mayotte
33. franzoeschische_republik	66. ile-de-France	99. saint-pierre-et-miquelon
34. frenchrepublic	67. île-de-France	100. saintpierreetmiquelon
35. french-republic	68. iledeFrance	101. polynesie-française
37. republiquetrançaise	69. îledeFrance	102. polynésie-française
38. republique-française	70. languedoc-roussillon	103. polynesie-francaise
39. republique_française	71. languedocroussillon	104. polynésie-francaise
40. républiquetrançaise	72. limousin	105. polynesiefrançaise
41. république-française	73. lorraine	106. polynésiefrançaise
42. république_française	74. midi-pyrenees	107. polynesiefrancaise
43. republiquetrancaise	75. midi-pyrénées	108. polynésiefrancaise
44. republique-francaise	76. midipyrenees	109. nouvelle-caledonie
45. republique_francaise	77. midipyrenées	110. nouvelle-calédonie
46. républiquetrancaise	78. nord-pas-de-calais	111. nouvellecaledonie
47. république-francaise	79. nordpasdecalais	112. nouvellecalédonie
48. république_francaise	80. paysdelaloire	113. wallis-et-futuna
49. alsace	81. pays-de-la-loire	114. wallisetfutuna
50. auvergne	82. picardie	115. terres-australes-et-antarctiques-françaises
51. aquitaine	83. poitou-charentes	116. terres-australes-et-antarctiques-françaises
52. basse-normandie	84. poitoucharentes	117. terresaustralesetantarctiquesfrançaises
53. bassenormandie	85. provence-alpes-cote-d-azur	118. terresaustralesetantarctique-françaises
54. bourgogne	86. provence-alpes-côte-d-azur	119. saint-barthélémy
55. bretagne	87. provençalpescotedazur	120. saintbarthélémy
56. centre	88. provençalpescôtedazur	121. saint-barthelemy
57. champagne-ardenne	89. rhone-alpes	122. saintbarthelemy
58. champagneardenne	90. Rhône-alpes	123. saint-martin
59. corse	91. rhonealpes	124. saintmartin
60. franche-comte	92. Rhônealpes	
	93. guadeloupe	

DEUTSCHLAND

1. deutschland	12. federalrepublicofgermany	23. németország
2. federalrepublicofgermany	13. tyskland	24. németországiszövetségiköztársaság
3. bundesrepublik-deutschland	14. forbundsrepublikentyskland	25. vokitietjos
4. bundesrepublikdeutschland	15. duitsland	26. vokitietjosfederacinerespublika
5. allemagne	16. bondsrepublikduitsland	27. vacija
6. republiquetfederaleallemagne	17. nemecko	28. vacijasfederativarepublika
7. alemanna	18. spolkovárepublikanemecko	29. däitschland
8. repúblicafederaldealemania	19. alemanha	30. bundesrepublikdäitschland
9. germania	20. republicafederaldaalemanha	31. germanja
10. repubblicafederaledigermania	21. niemczech	32. republikafederalitagermanja
11. germany	22. republikafederalnaniemiec	33. gearmaine

34. poblachtchnaidhmenagearmaine	70. BadenWürttemberg	106. hamburk
35. saksamaa	71. BadenWuerttemberg	107. hesse
36. saksamaaliitvabariik	72. badewurtemberg	108. hassia
37. nencija	73. lebadewurtemberg	109. nordrheinwestfalen
38. zweznarepublikanemcija	74. BadenWurttemberg	110. northrhinewestphalia
39. γερμανία	75. Baviera	111. northrhine-westfalia
40. saksa	76. Bavière	112. northrhinewestfalia
41. saksanliittotasavalta	77. Freistaat-Bayern	113. rhenanie-du-nord-westphalie
42. Baden-Württemberg	78. FreistaatBayern	114. rhenaniedunordwestphalie
43. Bavaria	79. Free-State-of-Bavaria	115. lasaxe
44. Bayern	80. Stato-Libero-di-Baviera	116. sachsen
45. Berlin	81. Etat-Libre-Bavière	117. sajonia
46. Brandenburg	82. Brandebourg	118. sajónia
47. Bremen	83. Brandeburgo	119. saksen
48. Hamburg	84. Brandenburgii	120. saksimaa
49. Hessen	85. freieundhansestadthamburg	121. saksio
50. Lower-Saxony	86. freie-und-hansestadt-hamburg	122. saksonia
51. Mecklenburg-Western-Pomerania	87. freihansestadthamburg	123. saksonijos
52. Mecklenburg-Vorpommern	88. freie-hansestadt-hamburg	124. saška
53. niedersachsen	89. hansestadt-hamburg	125. saska
54. nordrhein-Westfalen	90. hansestadthamburg	126. sasko
55. northrhine-Westphalia	91. stadthamburg	127. sassonia
56. Rheinland-Pfalz	92. stadt-hamburg	128. saxe
57. Rhineland-Palatinate	93. hamburg-stadt	129. saxonia
58. Saarland	94. hamburg	130. saxónia
59. Sachsen	95. landhamburg	131. szászország
60. Sachsen-Anhalt	96. land-hamburg	132. szaszország
61. Saxony	97. hamburku	133. Σαξωνία
62. Saxony-Anhalt	98. hampuriin	134. саксония
63. Schleswig-Holstein	99. hamborg	135. freistaat-sachsen
64. Thüringen	100. hamburgo	136. sorben
65. Thuringia	101. hambourg	137. serbja
66. Baden-Wuerttemberg	102. amburgo	138. Sorben-Wenden
67. bade-wurtemberg	103. hamburgu	139. Wenden
68. le-bade-wurtemberg	104. hanbao	140. lausitzer-sorben
69. Baden-Wurttemberg	105. hamburuku	141. domowina

GRIECHENLAND

1. Grecia	8. Griekenland	15. Graikija
2. Graekenland	9. Grecia	16. Gorogorszag
3. Griechenland	10. Kreikka	17. Grecja
4. Hellas	11. Grekland	18. Grecja
5. Greece	12. Recko	19. Grecko
6. Grece	13. Kreeka	20. Grcija
7. Grecia	14. Graecia	

UNGARN

1. magyarkoztarsasag	18. hongrie	35. ουγγαρια
2. republicofhungary	19. ungarn	36. ουγκικιδημοκρατια
3. republicuehongrie	20. hungria	37. nyugatdunántúl
4. republikungarn	21. ungheria	38. középduántúl
5. republicadehungria	22. ugnern	39. déldunántúl
6. republicadiungheria	23. unkari	40. középmagyarország
7. republicadahungria	24. hongarije	41. északmagyarország
8. ungerskarepubliken	25. wegry	42. északalföld
9. unkarintasavalta	26. madarsko	43. déalföld
10. denungarskerepublik	27. ungari	44. nyugatdunantul
11. derepublikhongarije	28. ungarija	45. kozepdunantul
12. republikawegierska	29. vengrija	46. deldunantul
13. ungarivabariik	30. magyarköztársaság	47. kozepmagyarország
14. ungarijasrepublika	31. magyarország	48. eszakmagyarország
15. vengrijosrepublika	32. madarskarepublika	49. eszakalfold
16. magyarország	33. republikamadzarska	50. delalfold
17. hungary	34. madzarsko	

IRLAND

1. irlanda	9. Airija	17. irlanti
2. irsko	10. Írország	18. irland
3. irland	11. L-Irlanda	19. .irlande
4. iirimaa	12. ἱρλανδία	20. ἱρλανδία
5. ireland	13. ierland	21. irlande
6. irlande	14. irlandia	22. republicofireland
7. irlanda	15. Írsko	23. eire
8. Īrija	16. irska	

ITALIEN

1. Repubblica-Italiana	14. Itālija	27. Liguria
2. Repubblicaitaliana	15. Włochy	28. Lombardia
3. Italia	16. Italia	29. Marche
4. Italy	17. Italja	30. Molise
5. Italian	18. Taliansko	31. Piemonte
6. Italien	19. Itaalia	32. Puglia
7. Italija	20. Abruzzo	33. Sardegna
8. Itália	21. Basilicata	34. Sicilia
9. Italië	22. Calabria	35. Toscana
10. Italien	23. Campania	36. Trentino-AltoAdige
11. Itálie	24. Emilia-Romagna	37. Umbria
12. Italie	25. Friuli-VeneziaGiulia	38. Valled'Aosta
13. Olaszország	26. Lazio	39. Veneto

LETTLAND

- | | | |
|---------------|--------------|--------------------------|
| 1. Λατοβία | 8. Latvija | 15. Letonia |
| 2. Lettorszag | 9. Lettland | 16. Lettonie |
| 3. Latvja | 10. Latvia | 17. Lettonia |
| 4. Letland | 11. Lotyšsko | 18. Republicoflatvia |
| 5. Lotwa | 12. Letland | 19. Latvijkajarespublika |
| 6. Letonia | 13. Lettland | |
| 7. Lotyšsko | 14. Lati | |

LITAUEN

- | | | |
|---------------------------|-------------------------------|----------------------------|
| 1. lietuva | 33. republique-de-lituanie | 65. liettuantasavalta |
| 2. leedu | 34. republique_de_lituanie | 66. liettuan-tasavalta |
| 3. liettua | 35. republikelituanie | 67. liettuan_tasavalta |
| 4. litauen | 36. republikedelituanie | 68. republikenLitauen |
| 5. lithouania | 37. republica-de-lituania | 69. republiken-litauen |
| 6. lithuania | 38. republica_de_lituania | 70. republiken_litauen |
| 7. litouwen | 39. republicalituania | 71. litevskárepublika |
| 8. lituania | 40. republicadelituania | 72. litevská-republika |
| 9. lituanie | 41. litovskajarespublika | 73. litevská_republika |
| 10. litva | 42. litovskaja-respublika | 74. leeduvabariik |
| 11. litván | 43. litovskaja_respublika | 75. leedu-vabariik |
| 12. litvania | 44. litauensrepublik | 76. leedu_vabariik |
| 13. litvanya | 45. litauens-republik | 77. lietuvarespublika |
| 14. litwa | 46. litauens_republic | 78. lietuvarespublika |
| 15. litwanja | 47. republiklitauen | 79. lietuvarespublika |
| 16. liettuan | 48. republik-litauen | 80. litvánköztársaság |
| 17. litevská | 49. republic_litauen | 81. litván-köztársaság |
| 18. lietuvarespublika | 50. δημοκρατιατηςλιθουανιας | 82. litván_köztársaság |
| 19. litwy | 51. δημοκρατια-της-λιθουανιας | 83. republikatallitwanja |
| 20. litovska | 52. δημοκρατια_της_λιθουανιας | 84. republika-tal-litwanja |
| 21. aukstaitija | 53. δημοκρατιατηςΛιθουανιας | 85. republika_tal_litwanja |
| 22. zemaitija | 54. δημοκρατια-της-Λιθουανιας | 86. republikalitwy |
| 23. dzukija | 55. δημοκρατια_της_Λιθουανιας | 87. republika-litwy |
| 24. suvalkija | 56. repubblicadilituania | 88. republika_litwy |
| 25. suduva | 57. repubblica-di-lituania | 89. litovskarepublika |
| 26. lietuvos-respublika | 58. repubblica_di_lituania | 90. litovska-republika |
| 27. lietuvos_republika | 59. republikelitouwen | 91. litovska_republika |
| 28. lietuvosrespublika | 60. republik-litouwen | 92. republikalitva |
| 29. republic-of-lithuania | 61. republik_litouwen | 93. republika-litva |
| 30. republic_of_lithuania | 62. republicadalituania | 94. republika_litva |
| 31. republiclithuania | 63. republica-da-lituania | |
| 32. republicoflithuania | 64. republica_da_lituania | |

LUXEMBURG

- | | | |
|---------------|--------------|---------------|
| 1. luxembourg | 2. luxemburg | 3. letzebuerg |
|---------------|--------------|---------------|

MALTA

- | | | |
|----------------------|--------------------------|---------------------|
| 1. malta | 6. therepublicofmalta | 11. maltarepubblika |
| 2. malte | 7. the-republic-of-malta | 12. gozo |
| 3. melita | 8. repubblikatamalta | 13. ghawdex |
| 4. republicofmalta | 9. repubblika-ta-malta | |
| 5. republic-of-malta | 10. maltarepublic | |

NIEDERLANDE

- | | | |
|-------------------|----------------|-------------------|
| 1. nederland | 4. netherlands | 7. dieniederlande |
| 2. holland | 5. lespaysbas | 8. lospaisesbajos |
| 3. thenetherlands | 6. hollande | 9. holanda |

POLEN

- | | | |
|--------------------------|------------|------------|
| 1. rzeczpospolitapolska | 5. polonia | 9. pologne |
| 2. rzeczpospolita_polska | 6. lenkija | 10. polsko |
| 3. rzeczpospolita-polska | 7. poland | 11. poola |
| 4. polska | 8. polen | 12. puola |

PORTUGAL

- | | | |
|------------------------|--------------------|---------------------------------|
| 1. republicaportuguesa | 18. coimbra | 35. altoalentejo |
| 2. portugal | 19. evora | 36. baixoalentejo |
| 3. portugália | 20. faro | 37. beiraalta |
| 4. portugalia | 21. guarda | 38. beirabaixa |
| 5. portugali | 22. leiria | 39. beirainterior |
| 6. portugalska | 23. lisboa | 40. beiralitoral |
| 7. portugalsko | 24. portalegre | 41. beiratransmontana |
| 8. portogallo | 25. porto | 42. douro |
| 9. portugalija | 26. santarem | 43. dourolitoral |
| 10. portekiz | 27. setubal | 44. entredouroeminho |
| 11. πορτογαλία | 28. vianadocastelo | 45. estremadura |
| 12. portugāle | 29. viseu | 46. minhho |
| 13. aveiro | 30. vilareal | 47. ribatejo |
| 14. beja | 31. madeira | 48. tras-os-montes-e-alto-douro |
| 15. braga | 32. açores | 49. acores |
| 16. bragança | 33. alentejo | |
| 17. castelobranco | 34. algarve | |

RUMÄNIEN

1. românia	8. roménia	15. rumunija
2. romania	9. romênia	16. rumeenia
3. roumanie	10. romenia	17. ρουμανία
4. rumänien	11. rumunia	18. románia
5. rumanien	12. rumunsko	19. rumanija
6. rumanía	13. romunija	20. roemenië
7. rumænien	14. rumänija	

SLOWAKEI

1. slowakische-republik	28. slovakiatasavalta	55. ολοβακινη
2. republique-slovaque	29. szlovakkoztarsasag	56. slovakien
3. slovakiki-dimokratia	30. slovakrepublic	57. république-slovaque
4. slovenska-republika	31. repubblicaslovacca	58. slovenská-republika
5. slowakiske-republik	32. slovakiyasrepublika	59. szlovák-köztársaság
6. slovaki-vabariik	33. slovakiyosrepublika	60. slovākijos-respublika
7. slovakian-tasavalta	34. repubblikaslovakka	61. republika-słowacka
8. slovakikidimokratia	35. slowaakserepubliek	62. república-eslovaca
9. slovakiki-dimokratia	36. republikaslowacka	63. slovaška-republika
10. szlovak-koztarsasag	37. republicaeslovaca	64. slovačka-republika
11. slovak-republic	38. slovaskarepublika	65. lýdveldid-slovakia
12. repubblica-slovacca	39. republicaeslovaca	66. républiqueslovaque
13. slovakiyas-republika	40. slovaskiskarepubliken	67. slovenskárepublika
14. slovakiyos-respublika	41. ολοβακινηδημοκρατια	68. szlovákköztársaság
15. repubblika-slovakka	42. slowakei	69. slovākijosrepublika
16. slowaakse-republiek	43. slovaquie	70. republikasłowacka
17. republika-slowacka	44. slovakia	71. repúblicaeslovaca
18. republica-eslovaca	45. slovensko	72. slovaškarepublika
19. slovaska-republika	46. slovakiët	73. slovačkarepublika
20. republica-eslovaca	47. slovakkia	74. lýdveldidslovakia
21. slovakiska-republiken	48. szlovakia	75. szlovákia
22. ολοβακινη-δημοκρατια	49. slovachia	76. slovākija
23. slowakischerepublik	50. slovakija	77. słowacja
24. republiqueslovaque	51. slowakije	78. slovaška
25. slovenskarepublika	52. slowacija	79. slovačka
26. slovaskiskerepublik	53. eslovaquia	
27. slovakiivabariik	54. slovaska	

SLOWENIEN

1. slovenija	4. slovenie	7. eslovenia
2. slovenia	5. la-slovenie	8. republikaslovenija
3. slowenien	6. laslovenie	9. republika-slovenija

10. republicofslovenia	13. szlovenkoztarsasag	16. republica-di-slovenia
11. republic-of-slovenia	14. szloven-koztarsasag	
12. szlovenia	15. repubblicadislovenia	

SPANIEN

1. españa	40. asturias	79. gobiernodelarioja
2. reinodeespana	41. asturies	80. comunidadmadrid
3. reino-de-espana	42. illesbalears	81. madridregion
4. espagne	43. islasbalears	82. regionmadrid
5. espana	44. canarias	83. madrid
6. espanha	45. gobiernodecanarias	84. murciaregion
7. espanja	46. canaryisland	85. murciaregión
8. espanya	47. kanarischeinseln	86. murciaregione
9. hispaania	48. cantabria	87. murciaregiao
10. hiszpania	49. gobiernodecantabria	88. regiondemurcia
11. ispanija	50. castillalamanca	89. regióndemurcia
12. spagna	51. castilla-lamanca	90. regionofmurcia
13. spain	52. castillayleon	91. regionvonmurcia
14. spanielsko	53. castillayleón	92. regionedimurcia
15. spanien	54. juntadecastillayleon	93. regiaodomurcia
16. spanija	55. juntadecastillayleón	94. navarra
17. spanje	56. generalitatdecatalunya	95. nafarroa
18. reinodeespaña	57. generalitatdecataluña	96. navarre
19. reino-de-españa	58. catalunya	97. navarracomunidadforal
20. španielsko	59. cataluña	98. nafarroaforukomunitatea
21. spānija	60. katalonien	99. nafarroaforuerkidegoa
22. španija	61. catalonia	100. communauteforaledenavarre
23. španičsko	62. catalogna	101. communautéforaledenavarre
24. espainia	63. catalogne	102. foralcommunityofnavarra
25. ispania	64. catalonië	103. paisvasco
26. ισπανία	65. katalonias	104. paísvasco
27. andalucia	66. catalunha	105. euskadi
28. andalucía	67. kataloniens	106. euskalherria
29. andalousie	68. katalonian	107. paisbasc
30. andalusia	69. catalonië	108. basquecountry
31. andalusien	70. extremadura	109. paysbasque
32. juntadeandalucia	71. comunidadautonomadeextremadura	110. paesebasco
33. juntadeandalucía	72. comunidadautónomadeextremadura	111. baskenland
34. aragon	73. xuntadegalicia	112. paisbasco
35. aragón	74. comunidadautonomadegalicia	113. χώρατωνβάσκων
36. gobiernodearagon	75. comunidaautónomadegalicia	114. gobiernovasco
37. gobiernoaragón	76. comunidadeautonomadegalicia	115. euskojaurlaritza
38. principadodeasturias	77. comunidadeautónomadegalicia	116. governbasc
39. principaudasturies	78. larioja	

117. basquegovernment	122. κυβέρνησητωνβάσκων	127. ceuta
118. gouvernementbasque	123. comunidad-valenciana	128. gobiernoceuta
119. governobasco	124. comunidavalenciana	129. melilla
120. baskischeregierung	125. comunitat-valenciana	130. gobiernomelilla
121. baskitschebestuur	126. comunitatvalenciana	

SCHWEDEN

1. suecia	13. suede	25. konungariketsverige
2. reinodesuecia	14. royaumesuède	26. švédsko
3. sverige	15. royaumesuede	27. rootsi
4. kongerietsverige	16. svezia	28. svedija
5. schweden	17. regnodisvezia	29. svédország
6. königreichschweden	18. zveden	30. svedország
7. konigreichschweden	19. koninkrijzveden	31. l-isvezja
8. σουηδία	20. suécia	32. szweja
9. ΒασιλείατηςΣουηδίας	21. reinodasuécia	33. švedska
10. sweden	22. reinodasuecia	34. svedska
11. kingdomofsweden	23. ruotsi	
12. suède	24. ruotsinkuningaskunta	

VEREINIGTES KÖNIGREICH

1. unitedkingdom	6. great_britain	11. northern-ireland
2. united-kingdom	7. britain	12. northern_ireland
3. united_kingdom	8. cymru	13. scotland
4. greatbritain	9. england	14. wales
5. great-britain	10. northernireland	

2. Liste der Namen pro Land mit Angabe der Länder, die sie reservieren dürfen

KROATIEN

1. croatia	11. kroatii	21. horvātija
2. kroatia	12. kroatie	22. horvatija
3. kroatien	13. chorwacja	23. kroatija
4. kroatiën	14. κροατία	24. kroazja
5. croazia	15. chorvatsko	25. chorvátsko
6. kroatiën	16. charvátsko	26. chrovatsko
7. croacia	17. horvaatia	27. hrvaška
8. croatie	18. kroaatia	28. hrvaska
9. horvátország	19. croácia	
10. horvatorszag	20. croacia	

ISLAND

1. arepublicadeisländia	16. islandrepublik	31. republicadiislanda
2. deijslanrepublik	17. islandskylisejnik	32. republikataisland
3. deijslanrepublik	18. islannintasavalta	33. republicoficeland
4. derepubliekvanijsland	19. islanti	34. republikaisland
5. derepubliekvanijsland	20. izland	35. republikaislandia
6. iceland	21. ísland	36. republikavisland
7. icelandrepublic	22. íslenskalýðveldið	37. republikkenisland
8. iepublikaislande	23. köztársaságizland	38. republikvonisland
9. ijsland	24. larepublicadiislanda	39. repúblicadeislandia
10. island	25. larepúblicadeislandia	40. repúblicadeislândia
11. islanda	26. larépubliquedislande	41. républiquedislande
12. islande	27. lislande	42. ΔημοκρατίατηςΙσλανδίας
13. islandia	28. lýðveldiðísland	43. Ισλανδία
14. islândia	29. puklerkaislandska	
15. islandica	30. rahvavabariikisland	

LIECHTENSTEIN

1. fyrstendømmetliechtenstein	9. principatodelliechtenstein	17. furstendömetliechtenstein
2. fürstentumliechtenstein	10. lichtenšteinkunigaikštystė	18. lichtenštajnskėknieżatstvo
3. principalityofliechtenstein	11. lihtenšteinasfirstiste	19. kneževinolihtenštajn
4. liechtensteinivürstiriiki	12. principalityatal-liechtenstein	20. principadodeliechtenstein
5. liechtensteininruhtinaskunta	13. vorstendomliechtenstein	21. lichtenštejnskėknížectví
6. principautédeliechtenstein	14. fyrstedømmetliechtenstein	22. lichtensteinihercegség
7. πριγκιπάτοτουΛιχτενστάιν	15. księstwołiechtenstein	
8. furstadæmisinsliechtensteins	16. principadodoliechtenstein	

NORWEGEN

1. norge	9. norvégia	17. Νορβηγία
2. noreg	10. norsko	18. norvegja
3. norway	11. nórsko	19. norveğja
4. norwegen	12. norra	20. norveska
5. norvege	13. norja	21. norveška
6. norvège	14. norvegija	22. norwegia
7. noruega	15. norvėgija	23. norga
8. norvegia	16. noorwegen	

TÜRKEI

1. turkiye	3. turkiyecumhuriyeti
2. türkiye	4. türkiyecumhuriyeti

VERORDNUNG (EG) Nr. 1256/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 829/2007 in Bezug auf die Übergangsfrist für die Verwendung von Handelspapieren und Veterinärbescheinigungen für tierische Nebenprodukte****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 2, Artikel 29 Absatz 3 Unterabsatz 1 und Artikel 32 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 enthält die tierseuchen- und hygienrechtlichen Anforderungen für den Handel mit bestimmten tierischen Nebenprodukten und daraus hergestellten Erzeugnissen sowie für deren Einfuhr in die Gemeinschaft und deren Durchfuhr durch die Gemeinschaft.
- (2) Durch die Verordnung (EG) Nr. 829/2007 der Kommission vom 28. Juni 2007 zur Änderung der Anhänge I, II, VII, VIII, X und XI zur Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Inverkehrbringen bestimmter tierischer Nebenprodukte wurden Anhang II (Musterhandelspapiere) und Anhang X (Veterinärbescheinigungen für die Einfuhr bestimmter tierischer Nebenprodukte) der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 geändert.
- (3) Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 829/2007 können während einer Übergangsfrist von sechs Monaten ab Inkrafttreten der genannten Verordnung die einschlägigen Handelspapiere und Veterinärbescheinigungen ge-

mäß den Anhängen II und X der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002, die nach den vor Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 829/2007 geltenden Bestimmungen erstellt wurden, weiterhin verwendet werden. Seit der Veröffentlichung der genannten Verordnung wurde die Kommission jedoch mehrmals um eine Klärung der während dieser Übergangsfrist geltenden Bestimmungen ersucht.

- (4) Um die Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollte klargestellt werden, dass Wirtschaftsteilnehmer und gegebenenfalls Veterinärbehörden von Drittländern bis zum Ablauf der Übergangsfrist weiterhin Handelspapiere und Veterinärbescheinigungen, die den vor Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 829/2007 geltenden Mustern entsprechen, ausstellen und unterzeichnen dürfen.
- (5) Des Weiteren sollte eine praktische Lösung für Sendungen vorgesehen werden, für die solche Dokumente während der Übergangsfrist ausgestellt wurden, die jedoch nicht innerhalb dieser Frist an ihrem Bestimmungsort in der Gemeinschaft eintreffen. Solche Sendungen sollten gegebenenfalls noch zwei Monate nach Ablauf der Übergangsfrist für den Handel in der Gemeinschaft bzw. die Einfuhr in die Gemeinschaft akzeptiert werden.
- (6) Um die Anwendung dieser Verordnung für die Interessenträger und die Behörden von Drittländern zu erleichtern, sollte die ursprüngliche, mit der Verordnung (EG) Nr. 829/2007 eingeführte Übergangsfrist von sechs Monaten ab dem 24. Juli 2007 bis zum 30. April 2008 verlängert werden. Für die Annahme solcher Dokumente und Bescheinigungen für den Handel in der Gemeinschaft bzw. die Einfuhr in die Gemeinschaft sollte eine zusätzliche Frist festgelegt werden.
- (7) Die Verordnung (EG) Nr. 829/2007 ist daher entsprechend zu ändern.
- (8) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

⁽¹⁾ ABl. L 273 vom 10.10.2002, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 829/2007 der Kommission (ABl. L 191 vom 21.7.2007, S. 1).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 829/2007 erhält folgende Fassung:

„Artikel 2

Während einer Übergangsfrist bis zum 30. April 2008 akzeptieren die Mitgliedstaaten Sendungen, denen Handelspapiere und Veterinärbescheinigungen beiliegen, die nach den bis zum 23. Juli 2007 geltenden Bestimmungen der

Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 ausgestellt und unterzeichnet wurden.

Bis zum 30. Juni 2008 akzeptieren die Mitgliedstaaten solche Sendungen, wenn die beiliegenden Handelspapiere und Veterinärbescheinigungen vor dem 1. Mai 2008 ausgestellt und unterzeichnet wurden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission
Markos KYPRIANOU
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EG) Nr. 1257/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Erteilung der im Rahmen des mit der Verordnung (EG) Nr. 327/98 für den Teilzeitraum vom Oktober 2007 eröffneten Zollkontingents zur Einfuhr von Reis beantragten Lizenzen**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1301/2006 der Kommission vom 31. August 2006 mit gemeinsamen Regeln für die Verwaltung von Einfuhrzollkontingenten für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Rahmen einer Einfuhrlizenzregelung ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 327/98 der Kommission vom 10. Februar 1998 zur Eröffnung und Verwaltung von Einfuhrzollkontingenten für Reis und Bruchreis ⁽³⁾ wurden Einfuhrzollkontingente für Reis und Bruchreis eröffnet, die nach Ursprungsländern aufgeschlüsselt und gemäß Anhang IX derselben Verordnung in mehrere Teilzeiträume unterteilt wurden, und deren Verwaltung festgelegt.
- (2) Für das Kontingent mit der laufenden Nummer 09.4138 gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 327/98 ist der einzige Teilzeitraum der Monat Oktober. Dieses Kontingent umfasst den Rest der nicht verwendeten Mengen der Kontingente mit den Nummern 09.4127-09.4128-09.4129-09.4130 des vorhergehenden Teilzeitraums. Der Monat Oktober ist der letzte Teilzeitraum für die Kontingente mit den Nummern 09.4148 und 09.4168 gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben b und e der Verordnung (EG) Nr. 327/98, die den Rest der nicht verwendeten Mengen des vorhergehenden Teilzeitraums umfassen.

- (3) Aus der Mitteilung gemäß Artikel 8 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 327/98 geht hervor, dass sich die in den ersten zehn Arbeitstagen des Monats Oktober 2007 gemäß Artikel 4 Absatz 1 der genannten Verordnung eingereichten Anträge für die Kontingente mit den laufenden Nummern 09.4138—09.4148 auf eine Menge beziehen, die die verfügbare Menge übersteigt. Es ist daher zu bestimmen, in welchem Umfang die Einfuhrlicenzen erteilt werden können, indem der auf die beantragten Mengen der betreffenden Kontingente anzuwendende Zuteilungskoeffizient festgesetzt wird.
- (4) Es ist auch der endgültige Prozentsatz der Verwendung im Laufe des Jahres 2007 für jedes in der Verordnung (EG) Nr. 327/98 vorgesehene Kontingent mitzuteilen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Den in den ersten zehn Arbeitstagen des Monats Oktober 2007 eingereichten Einfuhrlicenzanträgen für Reis der Kontingente mit den laufenden Nummern 09.4138—09.4148 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 327/98 wird für die beantragten Mengen stattgegeben, auf die die im Anhang der vorliegenden Verordnung festgesetzten Zuteilungskoeffizienten angewendet werden.
- (2) Der endgültige Prozentsatz der Verwendung im Laufe des Jahres 2007 für jedes in der Verordnung (EG) Nr. 327/98 vorgesehene Kontingent ist im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Jean-Luc DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 96. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 797/2006 der Kommission (AbL. L 144 vom 31.5.2006, S. 1).

⁽²⁾ ABl. L 238 vom 1.9.2006, S. 13. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 289/2007 (AbL. L 78 vom 17.3.2007, S. 17).

⁽³⁾ ABl. L 37 vom 11.2.1998, S. 5. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2019/2006 (AbL. L 384 vom 29.12.2006, S. 48).

ANHANG

Für den Teilzeitraum des Monats Oktober 2007 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 327/98 zuzuteilende Mengen und Prozentsätze der Verwendung für das Jahr 2007:

- a) Kontingent von halbgeschliffenem oder vollständig geschliffenem Reis des KN-Codes 1006 30 gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 327/98:

Ursprung	Laufende Nummer	Zuteilungskoeffizient für den Teilzeitraum Oktober 2007	Endgültiger Prozentsatz der Verwendung des Kontingents für 2007
Vereinigte Staaten von Amerika	09.4127		60,02 %
Thailand	09.4128		96,63 %
Australien	09.4129		100 %
Andere Ursprungsländer	09.4130		100 %
Alle Ursprungsländer	09.4138	11,348671 %	100 %

- b) Kontingent von geschältem Reis des KN-Codes 1006 20 gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 327/98:

Ursprung	Laufende Nummer	Zuteilungskoeffizient für den Teilzeitraum Oktober 2007	Pourcentage final Endgültiger Prozentsatz der Verwendung des Kontingents für 2007
Alle Ursprungsländer	09.4148	19,768872 %	100 %

- c) Kontingent von Bruchreis des KN-Codes 1006 40 gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 327/98:

Ursprung	Laufende Nummer	Endgültiger Prozentsatz der Verwendung des Kontingents für 2007
Thailand	09.4149	47,03 %
Australien	09.4150	0 %
Guyana	09.4152	0 %
Vereinigte Staaten von Amerika	09.4153	7,78 %
Andere Ursprungsländer	09.4154	100 %

- d) Kontingent von halbgeschliffenem oder vollständig geschliffenem Reis des KN-Codes 1006 30 gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 327/98:

Ursprung	Laufende Nummer	Endgültiger Prozentsatz der Verwendung des Kontingents für 2007
Thailand	09.4112	100 %
Vereinigte Staaten von Amerika	09.4116	96,98 %
Indien	09.4117	100 %
Pakistan	09.4118	100 %
Andere Ursprungsländer	09.4119	100 %
Alle Ursprungsländer	09.4166	99,93 %

- e) Kontingent von Bruchreis des KN-Codes 1006 40 gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EG) Nr. 327/98:

Ursprung	Laufende Nummer	Zuteilungskoeffizient für den Teilzeitraum Oktober 2007	Endgültiger Prozentsatz der Verwendung des Kontingents für 2007
Alle Ursprungsländer	09.4168	— ⁽¹⁾	100 %

⁽¹⁾ Keine verfügbare Menge für diesen Teilzeitraum.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1258/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse des Getreide- und Reissektors in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 und Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 kann der Unterschied zwischen den Notierungen oder Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser beiden Verordnungen genannten Erzeugnisse und den Preisen in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.

(2) In der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 der Kommission vom 30. Juni 2005 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates im Hinblick auf die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und die Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang I des Vertrages fallenden Waren ausgeführt werden ⁽³⁾, sind diejenigen Erzeugnisse bezeichnet, für die bei ihrer Ausfuhr in Form von im Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 oder im Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 aufgeführten Waren ein Erstattungssatz festgesetzt werden muss.

(3) Gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 ist der Erstattungssatz jeden Monat für je 100 kg der betreffenden Grunderzeugnisse festzusetzen.

(4) Die Verpflichtungen hinsichtlich der Erstattungen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die in Waren außerhalb des Geltungsbereichs von Anhang I des Vertrags enthalten sind, könnten in Frage gestellt werden, wenn hohe Erstattungssätze im Voraus festgelegt werden. Infolgedessen sind Vorkehrungen gegen solche Situationen zu ergreifen, ohne dass dadurch der Ab-

schluss langfristiger Verträge verhindert wird. Die Festlegung eines Erstattungssatzes im Hinblick auf die vorzeitige Festsetzung von Erstattungen trägt zur Verwirklichung dieser Ziele bei.

(5) Unter Berücksichtigung der zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika getroffenen Übereinkunft über die Ausfuhren von Teigwaren aus der Gemeinschaft in die USA, die mit dem Beschluss 87/482/EWG des Rates ⁽⁴⁾ genehmigt wurde, muss die Erstattung für Waren der KN-Codes 1902 11 00 und 1902 19 je nach Bestimmungsgebiet unterschiedlich festgelegt werden.

(6) Nach Artikel 15 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 gilt für das verarbeitete Grunderzeugnis zum vermuteten Zeitpunkt der Herstellung der Waren ein verminderter Erstattungssatz, weil die nach der Verordnung (EWG) Nr. 1722/93 der Kommission ⁽⁵⁾ gewährte Produktionserstattung zu berücksichtigen ist.

(7) Alkoholische Getränke werden als Erzeugnisse betrachtet, die weniger empfindlich auf den Preis des zu ihrer Herstellung verwendeten Getreides reagieren. Das Protokoll 19 zum Vertrag über den Beitritt Dänemarks, Irlands und des Vereinigten Königreichs sieht allerdings vor, dass die notwendigen Maßnahmen festzulegen sind, um die Verwendung von Getreide aus der Gemeinschaft zur Herstellung alkoholischer Getränke auf Getreidebasis zu erleichtern. Infolgedessen sind die Erstattungssätze für in Form von alkoholischen Getränken ausgeführtes Getreide anzupassen.

(8) Der Verwaltungsausschuss für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die geltenden Erstattungssätze für die im Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 und in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 oder in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 aufgeführten Grunderzeugnisse, die in Form von im Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 bzw. im Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 genannten Waren ausgeführt werden, werden im Anhang dieser Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 78. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1154/2005 der Kommission (AbL. L 187 vom 19.7.2005, S. 11).

⁽²⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 96. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 797/2006 der Kommission (AbL. L 144 vom 31.5.2006, S. 1).

⁽³⁾ ABl. L 172 vom 5.7.2005, S. 24. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 447/2007 (AbL. L 106 vom 24.4.2007, S. 31).

⁽⁴⁾ ABl. L 275 vom 29.9.1987, S. 36.

⁽⁵⁾ ABl. L 159 vom 1.7.1993, S. 112. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1584/2004 (AbL. L 280 vom 31.8.2004, S. 11).

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission
Heinz ZOUREK
Generaldirektor für Unternehmen und Industrie

ANHANG

Bei der Ausfuhr bestimmter Getreide- und Reiserzeugnisse in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren ab dem 26. Oktober 2007 geltende Erstattungssätze (*)

(EUR/100 kg)

KN-Code	Bezeichnung der Erzeugnisse ⁽¹⁾	Erstattungssätze pro 100 kg des Grunderzeugnisses	
		bei Festlegung der Erstattungen im Voraus	in den anderen Fällen
1001 10 00	Hartweizen:		
	– bei der Ausfuhr von Waren der KN-Codes 1902 11 und 1902 19 nach den Vereinigten Staaten von Amerika	—	—
	– in allen anderen Fällen	—	—
1001 90 99	Weichweizen und Mengkorn:		
	– bei der Ausfuhr von Waren der KN-Codes 1902 11 und 1902 19 nach den Vereinigten Staaten von Amerika	—	—
	– – in allen anderen Fällen:		
	– – bei Anwendung von Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 ⁽²⁾	—	—
	– – bei Ausfuhr von Waren der Position 2208 ⁽³⁾	—	—
	– – in allen anderen Fällen	—	—
1002 00 00	Roggen	—	—
1003 00 90	Gerste:		
	– bei Ausfuhr von Waren der Position 2208 ⁽³⁾	—	—
	– in allen anderen Fällen	—	—
1004 00 00	Hafer	—	—
1005 90 00	Mais, verwendet in Form von:		
	– Stärke:		
	– – bei Anwendung von Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 ⁽²⁾	—	—
	– – bei Ausfuhr von Waren der Position 2208 ⁽³⁾	—	—
	– – in allen anderen Fällen	—	—
	– Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin, Maltodextrinsirup der KN-Codes 1702 30 51, 1702 30 59, 1702 30 91, 1702 30 99, 1702 40 90, 1702 90 50, 1702 90 75, 1702 90 79, 2106 90 55 ⁽⁴⁾ :		
	– – bei Anwendung von Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 ⁽²⁾	—	—
	– – bei Ausfuhr von Waren der Position 2208 ⁽³⁾	—	—
	– – in allen anderen Fällen	—	—
	– – bei Ausfuhr von Waren der Position 2208 ⁽³⁾	—	—
	– anderer (einschließlich in unverarbeitetem Zustand verwendet)	—	—
	Kartoffelstärke des KN-Codes 1108 13 00, gleichgestellt mit einem aus der Verarbeitung von Mais hergestelltem Produkt:		
	– bei Anwendung von Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 ⁽²⁾ :	—	—
	– bei Ausfuhr von Waren der Position 2208 ⁽³⁾	—	—
	– in allen anderen Fällen	—	—

(*) Die in diesem Anhang genannten Erstattungssätze gelten nicht für Waren, die in den Tabellen I und II des Protokolls Nr. 2 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 22. Juli 1972 aufgeführt sind und in die Schweizerische Eidgenossenschaft oder das Fürstentum Liechtenstein ausgeführt werden.

(EUR/100 kg)

KN-Code	Bezeichnung der Erzeugnisse ⁽¹⁾	Erstattungssätze pro 100 kg des Grunderzeugnisses	
		bei Festlegung der Erstattungen im Voraus	in den anderen Fällen
ex 1006 30	Vollständig geschliffener Reis:		
	– rundkörniger Reis	—	—
	– mittelkörniger Reis	—	—
	– langkörniger Reis	—	—
1006 40 00	Bruchreis	—	—
1007 00 90	Körner-Sorghum, anderes als Hybriden, zur Aussaat	—	—

⁽¹⁾ Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die aus der Verarbeitung eines Grunderzeugnisses oder eines ihm gleichgestellten Erzeugnisses hervorgehen, gelten die im Anhang V der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 der Kommission angegebenen Koeffizienten.

⁽²⁾ Die betreffende Ware fällt unter den KN-Code 3505 10 50.

⁽³⁾ Waren, aufgenommen in Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1784/2003 oder gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2825/93 (ABl. L 258 vom 16.10.1993, S. 6).

⁽⁴⁾ Für Sirupe der KN-Codes 1702 30 99, 1702 40 90 und 1702 60 90, hergestellt als Mischung von Glucose- und Fructosesirup, bezieht sich die Ausfuhrerstattung ausschließlich auf den Glucosesirup.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1259/2007 DER KOMMISSION**vom 25. Oktober 2007****zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse des Zuckersektors in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 33 Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 32 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 kann der Unterschied zwischen den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 Absatz 1 unter den Buchstaben b, c, d und g genannten Erzeugnisse und den Preisen in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden, wenn diese Erzeugnisse in Form von Waren, die in Anhang VII dieser Verordnung verzeichnet sind, ausgeführt werden.
- (2) In der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 der Kommission vom 30. Juni 2005 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates im Hinblick auf die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und die Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren ausgeführt werden ⁽²⁾, sind die Erzeugnisse bezeichnet, für die ein Erstattungssatz bei der Ausfuhr in Form von in Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 aufgeführten Waren festgesetzt werden muss.
- (3) Gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 ist der Erstattungssatz für jeden Monat für je 100 kg der betreffenden Grunderzeugnisse festzusetzen.
- (4) Gemäß Artikel 32 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 darf die bei der Ausfuhr eines in einer

Ware enthaltenen Erzeugnisses gewährte Erstattung die Erstattung für das in unverarbeitetem Zustand ausgeführte Erzeugnis nicht übersteigen.

- (5) Die in dieser Verordnung festgelegten Erstattungen können Gegenstand der Vorausfestsetzung sein, da die in den kommenden Monaten herrschende Marktlage noch nicht abzusehen ist.
- (6) Die Verpflichtungen hinsichtlich der Erstattungen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die in Waren außerhalb des Geltungsbereichs von Anhang I des Vertrags enthalten sind, könnten in Frage gestellt werden, wenn hohe Erstattungssätze im Voraus festgelegt werden. Infolgedessen sind Vorkehrungen gegen solche Situationen zu ergreifen, ohne dass dadurch der Abschluss langfristiger Verträge verhindert wird. Die Festlegung eines Erstattungssatzes im Hinblick auf die vorzeitige Festsetzung von Erstattungen trägt zur Verwirklichung dieser Ziele bei.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die geltenden Erstattungssätze für die im Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1043/2005 und in Artikel 1 Absatz 1 und in Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 aufgeführten Grunderzeugnisse, die in Form von im Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 318/2006 genannten Waren ausgeführt werden, werden im Anhang dieser Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Heinz ZOUREK

Generaldirektor für Unternehmen und Industrie

⁽¹⁾ ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1585/2006 der Kommission (ABl. L 294 vom 25.10.2006, S. 19).

⁽²⁾ ABl. L 172 vom 5.7.2005, S. 24. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 447/2007 (ABl. L 106 vom 24.4.2007, S. 31).

ANHANG

Bei der Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse des Zuckersektors in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren ab dem 26. Oktober 2007 geltende Erstattungssätze ⁽¹⁾

KN-Code	Warenbezeichnung	Erstattungssätze in EUR/100 kg	
		bei Festlegung der Erstattungen im Voraus	in den anderen Fällen
1701 99 10	Weißzucker	31,06	31,06

⁽¹⁾ Die in diesem Anhang genannten Erstattungssätze gelten nicht für Ausfuhren in die

- a) Drittländer Albanien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Andorra, Heiliger Stuhl (Vatikanstadt), Liechtenstein, sowie für Waren, die in den Tabellen I und II des Protokolls Nr. 2 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 22. Juli 1972 aufgeführt sind;
- b) Gebiete der EU-Mitgliedstaaten, die nicht zum Zollgebiet der Gemeinschaft gehören, nämlich Gibraltar, Ceuta, Melilla, die Gemeinden Livigno und Campione d'Italia, Helgoland, Grönland, die Färöer-Inseln und die Landesteile der Republik Zypern, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden)

ENTSCHEIDUNGEN UND BESCHLÜSSE

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 30. November 2005

in einem Verfahren nach Artikel 81 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gegen Armando Álvarez SA, Bernay Film Plastique, Bischof + Klein France SAS, Bischof + Klein GmbH & Co. KG, Bonar Technical Fabrics N.V., British Polythene Industries PLC, Cofira-Sac SA, Combipac B.V., Fardem Packaging B.V., FLSmidth & Co. A/S, FLS Plast A/S, Groupe Gascogne, JM Gesellschaft für industrielle Beteiligungen mbH & Co. KGaA, Kendrion N.V., Koninklijke Verpakingsindustrie Stempher C.V., Low & Bonar PLC, Nordenia International AG, Nordfolien GmbH, Plásticos Españoles S.A., RKW AG Rheinische Kunststoffwerke, Sachsa Verpackung GmbH, Stempher B.V., Trioplast Industrier AB, Trioplast Wittenheim SA, UPM-Kymmene Oyj

(Sache Nr. COMP/38354 — Industriesäcke)

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2005) 4634)

(Nur der deutsche, der englische, der spanische, der französische und der niederländische Text sind verbindlich)

(2007/686/EG)

Am 30. November 2005 erließ die Kommission eine Entscheidung in einem Verfahren nach Artikel 81 EG-Vertrag. Gemäß Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates⁽¹⁾ veröffentlicht die Kommission hiermit die Namen der Beteiligten und den wesentlichen Inhalt der Entscheidung einschließlich der verhängten Geldbußen, wobei sie den berechtigten Interessen der Unternehmen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung trägt.

1. ZUSAMMENFASSUNG

1.1. Adressaten

- | | |
|--|---|
| <p>(1) Die Entscheidung wegen einer Zuwiderhandlung gegen Artikel 81 Absatz 1 EG-Vertrag richtet sich an folgende Unternehmen:</p> <p>— Combipac B.V. und British Polythene Industries PLC;</p> <p>— Bischof + Klein GmbH & Co. KG;</p> <p>— Bischof + Klein France SAS;</p> <p>— RKW AG Rheinische Kunststoffwerke und JM Gesellschaft für industrielle Beteiligungen mbH & Co. KGaA;</p> <p>— Fardem Packaging BV und Kendrion NV;</p> | <p>— Nordenia International AG und Nordfolien GmbH;</p> <p>— Trioplast Wittenheim SA und Trioplast Industrier AB;</p> <p>— FLS Plast A/S und FLSmidth & Co. A/S;</p> <p>— Cofira-Sac SA;</p> <p>— Plásticos Españoles SA (nachstehend „Aspla“) und Armando Álvarez SA;</p> <p>— Sachsa Verpackung GmbH und Groupe Gascogne;</p> <p>— UPM-Kymmene Oyj;</p> |
|--|---|

⁽¹⁾ ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2004 (ABl. L 68 vom 6.3.2004, S. 1).

- Bernay Film Plastique, früher Conditionnement et Industrie SA;
- Bonar Technical Fabrics N.V. und Low & Bonar PLC;
- Stempheer BV und Koninklijke Verpakingsindustrie Stempheer C.V.

- (2) Die oben genannten Unternehmen haben sich an einer einzigen, fortlaufenden Zuwiderhandlung gegen Artikel 81 EG-Vertrag beteiligt, die sich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, der Benelux-Staaten, Frankreichs und Spaniens erstreckte⁽¹⁾. Der Verstoß umfasste im Wesentlichen die Festsetzung von Absatzquoten, den Austausch von Einzelangaben über die Marktanteile, die Einrichtung eines Systems zur Koordinierung der Großkunden, der Festsetzung von Preisen, die Erarbeitung gemeinsamer Preisberechnungsmethoden, die Aufteilung von Aufträgen und die Einreichung von aufeinander abgestimmten Angeboten bei mehreren Ausschreibungen. Die Mitwirkung der einzelnen Unternehmen erstreckte sich über Zeiträume zwischen 3 und 20 Jahren.

1.2. Die Industriesäcke-Branche

- (3) Industriesäcke aus Kunststoff⁽²⁾, gemeinhin auch nur mit dem Begriff Industriesäcke bezeichnet, umfassen alle Arten von Säcken, die sich zur Verpackung von Grund- bzw. Rohstoffen, Düngemitteln, Polymeren, Baustoffen, Agrar- und Gartenbauerzeugnissen sowie von Tierfutter eignen.
- (4) Industriesäcke aus Kunststoff lassen sich in vier Kategorien einteilen:
- offene Säcke („open mouth bags“);
 - Ventilsäcke („valve bags“);
 - FFS („form, fill and seal“);
 - Blockbeutel.

1.3. Das Angebot

- (5) Seit Anfang der 90er Jahre ist bei den Herstellern von Kunststofffolien und -säcken eine Tendenz zur Unternehmenskonzentration zu beobachten, wobei gerade in den letzten Jahren einige Übernahmen stattgefunden haben. Neben den europaweit in mehreren Mitgliedstaaten der EU agierenden Unternehmen gibt es jedoch auf diesem Markt auch kleinere Unternehmen, die sich für eine örtlich begrenzte Absatzstrategie entschieden haben.

⁽¹⁾ Die Beteiligung von Stempheer beschränkte sich auf die Niederlande und gelegentlich Belgien.

⁽²⁾ Die Entscheidung erstreckt sich nicht auf Industriesäcke aus Papier.

1.4. Die Nachfrage

- (6) Bis in die 50er Jahre erfolgte der Transport von Grundstoffen in Stoff- oder Papiersäcken. Mit der Zunahme der Losebeförderung per Schiff setzte bei der Stoffsackherstellung eine rückläufige Entwicklung ein. Die Einführung des Polyethylensacks in den 50er Jahren hat eine gesteigerte Nachfrage nach diesem Sacktyp in Gang gesetzt, der vor allem dem Bedarf der Industrie an wasserundurchlässigen Verpackungen entsprach.
- (7) Seit Mitte der 70er Jahre ersetzt die FFS-Folie allmählich die übrigen Arten von Industriesäcken. Ihr Erfolg ist vor allem auf den automatisierten Abfüllvorgang zurückzuführen, der eine rasche Bearbeitung großer Mengen ermöglicht und wenig arbeitsintensiv ist.

1.5. Umfang der Zuwiderhandlung

- (8) Wie die Untersuchung ergab, erstreckte sich das Kartell auf die Benelux-Länder, Frankreich, Deutschland und Spanien. Das Marktvolumen belief sich 1996 auf rund 220 Mio. EUR und 2001 auf zwischen 250 und 300 Mio. EUR. Die Kartellmitglieder kamen 1996 gemeinsam auf einen Marktanteil von rund 75 %.

1.6. Ursprung und Verlauf des Verfahrens

- (9) Im November 2001 unterrichtete das Unternehmen BPI die Kommission von der Existenz eines Kartells im Industriesacksektor und bekundete seinen Wunsch nach Zusammenarbeit auf der Grundlage der Mitteilung von 1996 über die Nichtfestsetzung oder die niedrigere Festsetzung von Geldbußen in Kartellsachen (nachstehend „Kronzeugenregelung“)⁽³⁾. BPI legte der Kommission Beweismittel vor, die ihr im Juni 2002 Nachprüfungen bei den betroffenen Unternehmen ermöglichten.

1.7. Funktionsweise des Kartells

- (10) Das Kartell fungierte im Wesentlichen auf zwei Ebenen:
- auf globaler Ebene unter dem Deckmantel des Branchenverbands „Valveplast“, in dessen Rahmen spätestens seit 1982 drei- bis viermal jährlich die Kartellmitglieder zusammentrafen, und auf der es seit 1994 eine funktionelle Untergruppe „Blockbeutel“ gab;
 - über fünf regionale Untergruppen (Frankreich, Deutschland, Benelux, Belgien und Niederlande).
- (11) Festgestellt wurden folgende wettbewerbswidrige Verhaltensweisen:
- Festsetzung von Preisen und Erarbeitung gemeinsamer Preisberechnungsmethoden;
 - Zuteilung von Verkaufskontingenten;

⁽³⁾ ABl. C 207 vom 18.7.1996, S. 4.

— Zuteilung einzelner Abnehmer und Aufträge;

sämtliche Unternehmen, an die diese Entscheidung gerichtet ist, noch auf dem betroffenen Markt vertreten waren.

— gemeinsame Erörterung von Listen mit Großkunden, Benennung von Koordinatoren, die für die Angebote an einzelne Großkunden verantwortlich waren;

— multi- und bilaterale Absprachen über einzelne Abnehmer, Angebotsabsprache bei Ausschreibungen;

— regelmäßiger Austausch vertraulicher Informationen über Marktanteile.

(16) Mit geschätzten Marktanteilen von 12,5 % bzw. 11,5 % sind Wavin/BPI und Bischof + Klein die größten Hersteller und werden daher der ersten Kategorie zugeordnet. Nordenia bildet mit einem Marktanteil von 8,9 % die zweite Kategorie, Aspla (Marktanteil 7,2 %) und Fardem (6,6 %) die dritte. UPM Kymmene (4,8 %), RKW (4,6 %) und Stempher (4,3 %) werden in die vierte Kategorie eingeordnet. Bonar Phormium (3,1 %), Cofira (2,9 %) und Trioplast Wittenheim (2,8 %), bilden die fünfte, Bischof + Klein France SAS (1,9 %), Sachsa (1,7 %) und Bernay Film Plastique (zuvor Ceisa) (1,6 %) die sechste Kategorie.

2. GELDBUSSEN

2.1. Grundbetrag

(12) Der Grundbetrag richtet sich nach Schwere und Dauer der Zuwiderhandlung.

(17) Im Falle von Stempher (Koninklijke Verpakkingsindustrie Stempher C.V. und Stempher BV) ist nicht bewiesen, dass das Unternehmen von dem Gesamtkartell wusste. Seine Mitwirkung beschränkte sich auf die Untergruppen für den niederländischen (und von Zeit zu Zeit auch für den belgischen) Markt. Der Grundbetrag der Geldbuße für dieses Unternehmen wird deswegen um 25 % herabgesetzt.

2.1.1. Schwere

(13) Wegen ihrer Art und ihrer räumlichen Ausdehnung ist die Zuwiderhandlung als sehr schwerwiegend einzustufen.

2.1.3. Ausreichende Abschreckung

(18) Innerhalb der Kategorie der besonders schweren Verstöße erlaubt es die Geldbußenskala überdies, die Geldbuße auf einen Betrag festzusetzen, der unter Berücksichtigung der Größe und der wirtschaftlichen Macht der einzelnen Unternehmen eine hinreichend abschreckende Wirkung entfaltet. Der UPM-Kymmene-Konzern hat 2004, dem dieser Entscheidung unmittelbar vorausgehenden Geschäftsjahr, einen Umsatz von 9 820 Mio. EUR erwirtschaftet. Deswegen wurde die gegen UPM-Kymmene verhängte Geldbuße mit dem Faktor 2 multipliziert.

2.1.2. Differenzierte Behandlung

(14) Innerhalb der Kategorie der besonders schwerwiegenden Verstöße ermöglicht die Geldbußenskala eine Differenzierung der Unternehmen, um ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Fähigkeit, die Wettbewerber wirtschaftlich in erheblichem Umfang zu schädigen, Rechnung zu tragen. Diese Differenzierung ist besonders geboten, wenn — wie im vorliegenden Fall — die am Verstoß beteiligten Unternehmen beträchtliche Größenunterschiede aufweisen.

2.1.4. Dauer

(15) Die Unternehmen wurden gemessen an ihrer relativen Bedeutung auf dem relevanten Markt 1996 in sechs Kategorien eingeteilt. Das Jahr 1996 bildet das letzte vollständige Kalenderjahr der Zuwiderhandlung, in dem

(19) Für die Dauer der Zuwiderhandlung werden individuelle prozentuale Aufschläge verhängt. Bischof + Klein Co. KG, Cofira-Sac SA, Fardem Packaging, Nordenia International AG, Trioplast Wittenheim, RKW und JM Gesellschaft für industrielle Beteiligungen wirkten länger als 20 Jahre an der Zuwiderhandlung mit, weswegen der Ausgangsbetrag um 200 % erhöht wurde. Bei Combipac betrug die

Erhöhung wegen einer Zuwiderhandlungsdauer von 19 Jahren und 10 Monaten 195 %, bei Bischof + Klein France SAS für 18 Jahre und 11 Monate 185 %, bei Sachsa für 14 Jahre und 4 Monate 140 %, bei Aspla und Armando Álvarez SA für 11 Jahre und 3 Monate 110 %, bei Groupe Gascogne, FLS Plast und FLSmidth & Co für 8 Jahre (und 5 Monate im Falle von Groupe Gascogne) 80 %. Kendrion NV erhielt für eine Zuwiderhandlungsdauer von 7 Jahren einen prozentualen Aufschlag von 70 %, Nordfolien für 9 Jahre und 7 Monate 95 %, Bonar Technical Fabrics und Low & Bonar für 6 Jahre und 2 Monate 60 %, UPM-Kymmene und British Polythene Industries PLC für 4 Jahre und 6 Monate 45 %, K.V. Stempfer C.V. und Stempfer BV für 4 Jahre 40 %. Trioplast Industrier AB und Bernay Film Plastique schließlich waren länger als 3 Jahre an der Zuwiderhandlung beteiligt, weswegen der Ausgangsbetrag um 30 % erhöht wurde

2.2. Erschwerende Umstände

2.2.1. Erneuter gleichartiger Verstoß

- (20) Zum Zeitpunkt der Zuwiderhandlung war gegen UPM-Kymmene bereits eine Kommissionsentscheidung wegen früherer Kartellverstöße (Entscheidung 94/601/EG „Karton“ (IV/C/33.833)) ergangen. Dieser erschwerende Umstand rechtfertigt eine Erhöhung des Grundbetrages der Geldbuße gegen UPM-Kymmene um 50 %.

2.2.2. Behinderung der Untersuchung

- (21) Während der Nachprüfung zerstörte einer der Generaldirektoren von Bischof + Klein ein Dokument, das die Kommissionsbediensteten in Beschlag nehmen wollten. Unabhängig von ihren etwaigen Folgen beeinträchtigt ein solches Verhalten zwangsläufig den reibungslosen Verlauf der Untersuchung und stellt ein Widersetzen gegen die Ausübung der Untersuchungsbefugnisse durch die von der Kommission beauftragten Bediensteten dar. Diese vorsätzliche Behinderung stellt gemäß der Leitlinien für Geldbußen einen erschwerenden Umstand dar, der mit einem Aufschlag von 10 % auf den Grundbetrag der Geldbuße zu sanktionieren ist.

2.3. Mildernde Umstände

- (22) Mehrere Unternehmen machten mildernde Umstände wie eine lediglich passive Mitwirkung, die Nichtumsetzung der Absprachen, die frühe Einstellung der Zuwiderhandlung, die Durchführung eines Konformitätsprogramms oder die Krise in der Industriesackbranche geltend, die jedoch sämtlich als unbegründet zurückgewiesen wurden.

2.4. Anwendung der Umsatz-Obergrenze von 10 %

- (23) Gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung Nr. 17 und Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 darf die Geldbuße gegen ein Unternehmen 10 % seines Umsatzes nicht überschreiten. Für diese Obergrenze von 10 % gilt: „wenn sich sodann herausstellt, dass mehrere Adressaten das ‚Unternehmen‘ im Sinn der für die geahndete Zuwiderhandlung verantwortlichen wirtschaftlichen Einheit darstellen (...) zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Entscheidung (...), kann die Obergrenze anhand des Gesamtumsatzes dieses Unternehmens, d. h. aller seiner Bestandteile, berechnet werden. Wurde diese wirtschaftliche Einheit dagegen in der Zwischenzeit aufgelöst, so hat jeder Adressat der Entscheidung Anspruch auf individuelle Anwendung der fraglichen Obergrenze“⁽¹⁾.
- (24) Die Obergrenze von 10 % wurde daher angewandt auf Stempfer, Bernay Film Plastique, Nordenia International AG, Nordfolien GmbH, Cofira-Sac, Fardem, Combipac BV, Bischof + Klein GmbH & Co. KG und Bischof + Klein France.

2.5. Anwendung der Kronzeugenregelung von 1996

- (25) Da BPI seinen Antrag vor Inkrafttreten der Kronzeugenregelung von 2002 stellte, gilt für diese Sache die Kronzeugenregelung von 1996.

2.5.1. Abschnitt B (Herabsetzung zwischen 75 % und 100 %)

- (26) Im November 2001 hat BPI als erstes der beteiligten Unternehmen Kontakt mit der Kommission aufgenommen und freiwillig Beweise für die Zuwiderhandlung vorgelegt, die der Kommission erfolgreiche Nachprüfungen ermöglichten. BPI hat während der gesamten Untersuchung ununterbrochen mit der Kommission zusammengearbeitet und ist damit seinen Pflichten gemäß der Kronzeugenregelung nachgekommen.
- (27) Drei Unternehmen haben in ihren Erwidern auf die Beschwerdepunkte und während der Anhörung ausgeführt, dass BPI nach November 2001 an einer Angebotssprache mitgewirkt habe. Nach sorgfältiger Prüfung dieser Vorwürfe ist die Kommission, da keine entscheidenden materiellen Beweise vorgelegt wurden, der Auffassung, dass BPI für eine Ermäßigung der Geldbuße gemäß Abschnitt B in Betracht kommt. Die Geldbuße gegen BPI (und ihre Tochtergesellschaft Combipac BV) wird deswegen um 100 % herabgesetzt.

⁽¹⁾ Urteil des Gerichts erster Instanz in den Rechtssachen T-71/03, T-74/03, T-87/03 und T-91/03, Tokai Carbon and Co. Ltd u. a./Kommission, Randnummer 390.

2.5.2. Abschnitt D (Herabsetzung zwischen 10 % und 50 %)

- (28) Nach dem Empfang des Auskunftsverlangens der Kommission gemäß Artikel 11 der Verordnung Nr. 17 hat Trioplast Wittenheim die Anwendung der Kronzeugenregelung beantragt. Die Erläuterungen zur Funktionsweise des Kartells und zur Bedeutung einiger Schriftstücke haben dazu beigetragen, das Vorliegen einer Zuwiderhandlung zu bestätigen. Wegen ihrer Zusammenarbeit wird die Geldbuße gegen Trioplast Wittenheim und Trioplast Industrier gemäß Abschnitt D der Kronzeugenregelung von 1996 um 30 % herabgesetzt.
- (29) Bischof + Klein und Cofira haben Information oder Schriftstücke vorgelegt, die über die in den Schreiben gemäß Artikel 11 verlangten Auskünfte hinausgingen, und den Sachverhalt nicht bestritten. Wegen ihrer Zusammenarbeit wird die Geldbuße gegen Bischof + Klein GmbH & Co. KG, Bischof + Klein France SAS und Cofira-Sac SA gemäß Abschnitt D der Kronzeugenregelung von 1996 um 25 % herabgesetzt.
- (30) Nordfolien ⁽¹⁾ und Bonar Technical Fabrics ⁽²⁾ kommen in den Genuss einer Ermäßigung um 10 %.
- (31) Die von Sachsa freiwillig vorgelegten Informationen haben nicht wesentlich zur Feststellung der Zuwiderhandlung beigetragen und rechtfertigen daher keine Herabsetzung der Geldbuße.
- (32) Die Forderungen von FLS-Plast und FLSmidth nach einer Herabsetzung der Geldbuße, weil sie den Sachverhalt nicht bestritten haben, wurden zurückgewiesen.
- a) Combipac B.V. vom 6. Januar 1982 bis 9. November 2001 und British Polythene Industries PLC vom 25. April 1997 bis 9. November 2001;
- b) Bischof + Klein GmbH & Co. KG vom 6. Januar 1982 bis 26. Juni 2002 und Bischof + Klein France SAS vom 6. Januar 1982 bis 18. Dezember 2000;
- c) RKW AG Rheinische Kunststoffwerke und JM Gesellschaft für industrielle Beteiligungen mbH & Co. KGaA vom 6. Januar 1982 bis 26. Juni 2002;
- d) Fardem Packaging B.V. vom 6. Januar 1982 bis 26. Juni 2002 und Kendrion N.V. vom 8. Juni 1995 bis 26. Juni 2002;
- e) Nordenia International AG vom 6. Januar 1982 bis 26. Juni 2002;
- f) Nordfolien GmbH vom 24. November 1992 bis 26. Juni 2002;
- g) Trioplast Wittenheim SA, vom 6. Januar 1982 bis 26. Juni 2002 und Trioplast Industrier AB vom 21. Januar 1999 bis 26. Juni 2002;
- h) FLS Plast A/S und FLSmidth & Co A/S vom 31. Dezember 1990 bis 19. Januar 1999;

3. ENTSCHEIDUNG

- (33) Die nachstehenden Unternehmen haben durch ihre Mitwirkung an einem System aus Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Industriesacksektor in Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden zur Festsetzung von Preisen, Erarbeitung gemeinsamer Preisberechnungsmethoden, Aufteilung von Märkten, Zuweisung von Verkaufskontingenten, Kunden und Aufträgen, Abstimmungen von Angeboten auf Ausschreibungen und zum Austausch sensibler Informationen über einzelne Verkäufe in den nachstehend aufgeführten Zeiträumen gegen Artikel 81 EG-Vertrag verstoßen:
- i) Cofira-Sac SA vom 24. März 1982 bis 26. Juni 2002;
- j) Plásticos Españoles SA und Armando Álvarez SA vom 8. März 1991 bis 26. Juni 2002;
- k) Sachsa Verpackung GmbH, vom 9. Februar 1988 bis 26. Juni 2002 und Groupe Gascogne vom 1. Januar 1994 bis 26. Juni 2002;
- l) UPM-Kymmene Oyj vom 18. Juli 1994 bis 31. Januar 1999;

⁽¹⁾ Da Nordfolien und Nordenia International AG seit 2003 zu zwei verschiedenen Unternehmen gehören, sollte die Zusammenarbeit, die Nordfolien geltend macht, nur diesem Unternehmen zugerechnet werden, weswegen es keinen Grund gibt, dass die Nordfolien gewährte Ermäßigung auch Nordenia International AG zugute kommt.

⁽²⁾ Da Low & Bonar PLC ein gemeinsames Unternehmen mit Bonar Technical Fabrics bildet, hat es ebenfalls Anspruch auf die Ermäßigung.

- m) Bernay Film Plastique vom 31. August 1995 bis 9. November 1998;
- n) Bonar Technical Fabrics NV und Low & Bonar PLC vom 13. September 1991 bis 28. November 1997.
- (34) Stempheer BV und Koninklijke Verpakingsindustrie Stempheer C.V. haben durch ihre Mitwirkung an einem System aus Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Industriesacksektor in den Niederlanden und teilweise in Belgien zur Festsetzung von Preisen, Erarbeitung gemeinsamer Preisberechnungsmethoden, Aufteilung von Märkten, Zuweisung von Verkaufskontingenten, Kunden und Aufträgen und zum Austausch sensibler Informationen über einzelne Verkäufe gegen Artikel 81 EG-Vertrag vom 25. Oktober 1993 bis 31. Oktober 1997 verstoßen.
- (35) Für die genannten Zuwiderhandlungen werden folgende Geldbußen festgesetzt:
- a) Combipac BV: 0 EUR. Davon entfallen auf British Polythene Industries PLC im Rahmen der gesamtschuldnerischen Haftung: 0 EUR;
- b) Bischof + Klein GmbH & Co. KG: 29,15 Mio. EUR und Bischof + Klein France SAS: 3,96 Mio. EUR;
- c) RKW AG Rheinische Kunststoffwerke und JM Gesellschaft für industrielle Beteiligungen mbH & Co. KGaA, gesamtschuldnerisch: 39 Mio. EUR;
- d) Kendrion N.V.: 34 Mio. EUR. Von diesem Betrag haftet Fardem Packaging B.V. gesamtschuldnerisch für 2,20 Mio. EUR;
- e) Nordenia International AG: 39,10 Mio. EUR. Von diesem Betrag haftet Nordfolien GmbH gesamtschuldnerisch für 7,18 Mio. EUR;
- f) Trioplast Wittenheim SA: 17,85 Mio. EUR. Von diesem Betrag haften FLSmidth & Co. A/S und FLS Plast A/S gesamtschuldnerisch für 15,30 Mio. EUR und Trioplast Industrier AB gesamtschuldnerisch für 7,73 Mio. EUR;
- g) Cofira-Sac SA: 350 000 EUR;
- h) Plásticos Españoles SA und Armando Álvarez SA gesamtschuldnerisch für: 42 Mio. EUR;
- i) Sachsa Verpackung GmbH: 13,20 Mio. EUR. Von diesem Betrag haftet Groupe Gascogne gesamtschuldnerisch für 9,90 Mio. EUR;
- j) UPM-Kymmene Oyj: 56,55 Mio. EUR;
- k) Bernay Film Plastique: 940 000 EUR;
- l) Bonar Technical Fabrics NV und Low & Bonar PLC gesamtschuldnerisch für: 12,24 Mio. EUR;
- m) Stempheer BV und Koninklijke Verpakingsindustrie Stempheer C.V. gesamtschuldnerisch für: 2,37 Mio. EUR.
- (36) Die oben genannten Unternehmen haben die in den Ziffern 33 und 34 aufgeführten Zuwiderhandlungen unverzüglich einzustellen, falls dies noch nicht erfolgt ist. Sie sehen künftig von der Wiederholung der in den Ziffern 33 und 34 genannten Handlungen oder Verhaltensweisen sowie von allen Handlungen und Verhaltensweisen ab, die denselben oder einen ähnlichen Zweck oder dieselbe oder eine ähnliche Wirkung haben.
- (37) Eine nicht vertrauliche Version des vollständigen Wortlauts der Entscheidung in den verbindlichen Sprachfassungen wird im Internet veröffentlicht unter:
http://ec.europa.eu/comm/competition/index_en.html
-

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 18. August 2006

über die Vereinbarkeit eines Zusammenschlusses mit dem Gemeinsamen Markt und dem EWR-Abkommen

(COMP/M.3848 — Sea-Invest/EMO-EKOM)

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 3710)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2007/687/EG)

Am 18. August 2006 nahm die Kommission eine Entscheidung in einem Unternehmenszusammenschluss gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (EG-Fusionskontrollverordnung) ⁽¹⁾, insbesondere Artikel 8 Absatz 2 an. Eine nicht vertrauliche Fassung des vollständigen Wortlauts der Entscheidung befindet sich in der verbindlichen Sprachfassung des Falls auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb und kann unter http://ec.europa.eu/comm/competition/index_en.html abgerufen werden.

I. ZUSAMMENFASSUNG

- (1) Sea-Invest N.V. („Sea-Invest“) ist ein in Privatbesitz befindliches Unternehmen, das Terminaldienste (Betrieb von Verladeanlagen) in einer Vielzahl von Häfen in Belgien, Frankreich, Deutschland und Südafrika betreibt. Kerngeschäft ist der Umschlag von Massengütern und anderer nicht in Containern beförderter Fracht. Unter anderem kontrolliert Sea-Invest die folgenden Terminals für Kohle, Eisenerz und andere Trockenmassengüter: ABT in Antwerpen, GCT and CBM in Gent und Sea-Bulk in Dünkirchen.
- (2) Europees Massagoed-Overslagbedrijf B.V. und Erts- en Kolen Overslagbedrijf B.V. („EMO-EKOM“) betreiben Terminaldienste für Kohle und Eisenerz in Rotterdam. EMO betreibt die Verladeanlagen, während EKOM die Einrichtungen besitzt. Die bestehenden Anteilseigner von EMO-EKOM sind ThyssenKrupp Veerhaven B.V. („TKV“), RAG Logistic GmbH („RAG“), H.E.S. Beheer N.V. („HES“) und Manufrance B.V. („Manufrance“).
- (3) TKV ist für ThyssenKrupp Stahl der Seehafen-Spediteur für die Häfen von Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen. Das Unternehmen führt die Schieb- und Schleppleistungen auf dem Rhein bis zum Hochofen des Konzerns in Duisburg durch. TKV betreibt auch ein Kohle- und Eisenerz-Terminal im Hafen von Rotterdam, das gänzlich dem ThyssenKrupp-Konzern vorbehalten ist.
- (4) Abgesehen von den Anteilen an EMO-EKOM hält HES Anteile an anderen Unternehmen, die Massengüter in den Häfen von Rotterdam, Amsterdam und Zeeland umschlagen. EBS wickelt als Tochtergesellschaft von HES Kohle, Eisenerz und andere Massengüter in Rotterdam ab. HES hat ebenso gemeinsame Kontrolle über den RBT Terminal für Eisenerz, Kohle und andere Massengüter in Rot-

terdam und den OBA-Terminal für Kohle und andere Massengüter in Amsterdam. Ferner hat HES eine Minderheitsbeteiligung an dem OVET-Terminal, das Kohle, Eisenerz und andere Massengüter in Zeeland abwickelt.

- (5) Manufrance hat abgesehen von seinen Anteilen an EMO-EKOM eine Mehrheitsbeteiligung an OVET und OBA und ist eine Tochtergesellschaft von ATIC Services, welche wiederum durch ein Joint-Venture zwischen Total, EDF und dem Arcelor-Konzern entstanden ist (allerdings kontrolliert keiner dieser Gesellschafter ATIC Services). ATIC Services hält Beteiligungen an Unternehmen, die im Kohlehandel, in der Binnenwasser-Logistik, im Seetransport und in der Qualitätskontrolle von Kohle- und Eisenerzladungen tätig sind.
- (6) In dem beabsichtigten Vorhaben würde Sea-Invest die gemeinsame Kontrolle über EMO-EKOM erwerben, indem es Aktien der reinen Holdinggesellschaft SNV gegenwärtigen Anteilseigner RAG kauft. Nach dem Erwerb würde EMO-EKOM gemeinsam von Sea-Invest, TKV, HES and Manufrance kontrolliert werden.
- (7) Die Marktuntersuchung der Kommission hat ergeben, dass der angemeldete Zusammenschluss keinen Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken geben wird, da durch ihn der wirksame Wettbewerb im Gemeinsamen Markt oder einem wesentlichen Teil desselben nicht erheblich behindert würde.

II. BEGRÜNDUNG

1. DIE SACHLICH RELEVANTEN MÄRKTE

- (8) Die Kommission hat in der Vergangenheit vorgeschlagen, dass der Markt für Terminaldienste (Frachtumschlag und Freihafenlagerung) entsprechend den drei hauptsächlichen Frachtarten unterteilt werden könnte: i) Packgut (insbesondere Container), ii) Trockenmassengüter und iii) Flüssigmassengüter. Eine frühere Entscheidung schlug vor,

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

dass der Markt für Terminaldienste für Massengutfracht weiter nach der Art der Erzeugnisse unterteilt werden könnte. Trockenmassengüter sind üblicherweise in mehrere Kategorien aufgeteilt: Kohle und Eisenerz, Agrarmassengüter (z. B. Saatgut oder Getreide) und sonstige Güter⁽¹⁾. Da Terminals für Agrarmassengüter hauptsächlich aus Gründen der Lebensmittelsicherheit nicht mit Terminals konkurrieren, die die anderen Arten von Massengütern umschlagen, konzentriert sich die Untersuchung darauf, zu bestimmen, ob der Kohle- und Eisenerzumschlag und der Umschlag anderer Trockenmassengüter jeweils eigene Märkte bilden.

- (9) Kohle und Eisenerz sind die hauptsächlichlichen Massenprodukte, die in großen Mengen umgeschlagen werden. Dabei ist die Geschwindigkeit der Entladung/Löschung ausschlaggebend, wohingegen die Verladung und Lagerung keine besondere Rolle spielt. Terminalbetriebe sind in der Lage, zwischen der Abwicklung von Kohle und Eisenerz hin und her zu wechseln, wobei viele dieser Unternehmen beide Produkte mit der gleichen Ausrüstung abwickeln. Eisenerz und Kohle werden beide an der Freiluft und im Grunde genommen auf dem gleichen Areal, jedoch auf separaten Halden gelagert. In beiden Fällen sind die Abnehmer von umgeschlagener Kohle und Eisenerz gewöhnlich die Endverbraucher dieser Rohstoffe, beispielsweise große Stahlhersteller- und Stromerzeuger. Die beiden vorgenannten Rohstoffe werden mit großen Seeschiffen transportiert, und die bevorzugten Transportmittel im Binnenland sind insbesondere Schleppkähne und in geringerem Maße die Bahn.
- (10) Demgegenüber erfordern andere Rohstoff-Massengüter unterschiedliche Handhabungen, da diese oftmals brüchiger als Kohle und Eisenerz sind. Diese können nicht mit den Hochgeschwindigkeitsförderbändern für Kohle und Eisenerz verladen werden und benötigen eventuell eine abgedeckte Lagerung. Andere Massengüter werden in erheblich geringeren Mengen transportiert und verladen. Für andere Massengüter als Kohle und Eisenerz werden wesentlich kleinere Seeschiffe benutzt, die dann auch im Tiefgang begrenzte Häfen anlaufen können. Bei kleineren Mengen ist der Transport von anderen Massengüterzeugnissen im Binnenland ebenfalls flexibler. Zudem gibt es für andere Massengüter andere Abnehmer, wobei Händler und Logistikunternehmen eine größere Rolle spielen.
- (11) Obwohl einige kleinere Terminals zwischen der Abwicklung von Kohle und Eisenerz und anderen Trockenmassengütern wechseln können, gibt es grundlegende Unterschiede zwischen der Handhabung dieser beiden Produktkategorien, so dass nur begrenzt eine wirksame und unverzügliche angebotsseitige Austauschbarkeit besteht. Wichtige Kohle- und Eisenerzabnehmer bestätigten ebenso, dass sie andere Massengüterterminals wegen fehlender Lagerkapazitäten und mangelnder Fähigkeit, schnell umfangreiche Frachtmengen zu be- und entladen, nicht als brauchbare Alternative erachten.

⁽¹⁾ Ein breites Sortiment von verschiedenen Rohstoffen wie Zink- und andere nicht eisenhaltige Konzentrate, Zementschlacke, Roheisen, Kaolin, Phosphate und andere Mineralien, Koks, Pet-Koks und Steinkohle.

- (12) In Anbetracht dessen kommt die Kommission in ihrer Entscheidung zu dem Schluss, dass es sich beim Umschlag von Kohle und Eisenerz und dem Umschlag von anderen Massengütern um separate Märkte handelt.
- (13) Ferner hat die Kommission in der Vergangenheit zwischen dem Markt für Terminaldienste für Hinterlandverkehr⁽²⁾ und dem Markt für Umschlagsverkehr⁽³⁾ unterschieden. Diese Unterscheidung wurde auch in diesem Fall bestätigt. Daher wird in der Entscheidung der Markt für Terminaldienste für Hinterlandverkehr von Kohle und Eisenerz als der hauptsächlichlich betroffene sachlich relevante Markt definiert, der von dem Markt für Terminaldienste für Umschlagsverkehr von Kohle und Eisenerz abzugrenzen ist.

2. DIE RÄUMLICH RELEVANTEN MÄRKTE

- (14) Die Kommission stellte in der Entscheidung nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c fest, dass sich der räumlich relevante Markt entweder auf alle Häfen im Bereich der A.R.A.-Häfen (d. h. Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam einschließlich Zeeland) erstreckt oder aber nur auf den Hafen von Antwerpen einerseits und die niederländischen Häfen (Rotterdam, Amsterdam, Zeeland) andererseits beschränkt ist. Die eingehende Marktuntersuchung konzentriert sich daher auf die Austauschbarkeit zwischen dem Antwerpener ABT-Terminal von Sea-Invest (sowie dessen Terminals in Gent und Dünkirchen) und EMO-EKOM sowie anderen Terminals in anderen niederländischen Häfen.
- (15) Die Terminals für Kohle und Eisenerz bedienen drei wesentliche Gruppen von Abnehmern: Stahlhersteller, Stromerzeuger und Händler. Bei der Entscheidung über die Nutzung eines Terminals muss der Abnehmer die Logistikkette insgesamt betrachten, damit er die mit der Einfuhr von Kohle und Eisenerz insgesamt verbundenen Logistikkosten optimieren kann. Die Marktuntersuchung hat gezeigt, dass dies die endgültige Entscheidung für einen bestimmten Terminal erheblich erschwert. Die wichtigsten Kostenelemente der Logistikkette neben Terminalbetrieb und Lagerung sind Seefracht und Beförderung im Binnenland. Die Gebühren für Terminalbetrieb und Lagerung betragen nur ca. 10 % bis 15 % der gesamten Logistikkosten. Die relativ geringe Bedeutung der Terminalgebühren macht den Wechsel zu einem anderen Terminal aufgrund von Preissteigerungen in Höhe von 10 % oder auch 15 % unwahrscheinlich, da die Auswahl des Hafens und Terminals für die Entladung vielmehr von wichtigeren Kostenelementen (z. B. Kosten der Seefracht und des Binnenlandtransports) sowie anderen abnehmer-spezifischen Faktoren gesteuert wird.
- (16) In der Entscheidung werden daher zunächst die wichtigsten Teile der gesamten Logistikkosten für das Einführen von Kohle und Eisenerz untersucht und die Ergebnisse der eingehenden Untersuchung hinsichtlich der Möglichkeiten einzelner Abnehmer von Sea-Invest, EMO-EKOM und anderen Terminals, zwischen Antwerpen (oder Gent und Dünkirchen) und Rotterdam sowie zu anderen niederländischen Häfen zu wechseln, zusammengefasst.

⁽²⁾ D. h. Entladung vom Überseeschiff direkt auf den Binnenlandschleppkahn, Zug oder Lastkraftwagen.

⁽³⁾ D. h. Entladung vom Überseeschiff zum Ausgabe-/Versorgungsschiff.

- (17) Die Seefrachtkosten sind für die Mehrheit der Abnehmer das wichtigste Kriterium bei der Wahl eines Terminals. Im Allgemeinen ist es wirtschaftlicher, für den Transport von Kohle und Eisenerz möglichst große Schiffe für die Teilstrecke auf See zu verwenden. Allerdings ist die Auswahl der Schiffe bestimmter Größen wiederum durch den Tiefgang der Häfen bestimmt. Die Marktuntersuchung hat bestätigt, dass Antwerpen mehr als Rotterdam und andere A.R.A.-Häfen durch den Tiefgang beschränkt ist und große Schiffe (über ca. 140 000 dwt/Bruttotragfähigkeit) den Antwerpener Hafen daher nicht voll beladen anlaufen können. Im Gegensatz dazu bringen diese großen Schiffe 79 % der entladenen Kohle und 93 % des entladenen Eisenerzes in den Hafen von Rotterdam. Die quantitative Analyse der Seetransportkosten bestätigte die Wichtigkeit des Tiefgangs und der jeweiligen Bedeutung des daraus folgenden Kostennachteils vom ABT-Terminal verglichen mit dem EMO-EKOM-Terminal. Im Falle von transportierter Kohle, die aus Häfen mit unbeschränktem Tiefgang stammen (welches über 70 % aller entladener Kohle in A.R.A.-Häfen ausmacht), beträgt der Unterschied der Seetransportkosten zwischen Antwerpen und Rotterdam durchschnittlich ca. 50 % der Betriebsgebühren. Allein dies macht das Wechseln als Reaktion auf eine Preiserhöhung von 10 % unwahrscheinlich.
- (18) Die Kosten des Transports im Binnenland könnten auch einen erheblichen Einfluss auf die Wahl eines bestimmten Terminals abhängig vom Sitz des Abnehmers haben. Der Vergleich der Durchschnittskosten des Binnenlandtransports für verschiedene Regionen von Antwerpen und Rotterdam zeigen, dass diesbezüglich Antwerpen insbesondere für Belgien und einige Bereiche in Nord-Frankreich erheblich günstiger ist. Rotterdam ist dagegen für Deutschland — Ruhrgebiet, Saarland, Süddeutschland — und einige Bereiche in den Niederlanden günstiger. Die Kostendifferenz zwischen Antwerpen und Rotterdam bewegt sich für diese Regionen zwischen 20 % und 50 % der durchschnittlichen Terminalgebühren. Dies begrenzt den wirtschaftlichen Anreiz der Abnehmer, wegen einer Preiserhöhung von 10 % der Terminalgebühren zwischen Antwerpen und Rotterdam zu wechseln. Die Aussagen von Sea-Invest und der befragten Unternehmen der Marktuntersuchung bestätigen, dass Antwerpen und Rotterdam weitgehend unterschiedliche Regionen im Hinterland bedienen und dass die Wahl eines Terminals erheblich durch den Sitz des Abnehmers vorherbestimmt ist.
- (19) Ferner werden in der Entscheidung die Preise für Terminaldienste von ABT und EMO-EKOM begutachtet, die von den aus verschiedenen räumlichen Gebieten stammenden Abnehmern gezahlt wurden. Aus dieser Untersuchung geht hervor, dass es in Bezug auf ABT und EMO-EKOM keine Regionen gibt, in denen die Abnehmer erheblich geringere oder höhere Preise als in anderen Regionen zahlen. Dies scheint darauf hinzudeuten, dass der Wettbewerbsdruck zwischen Terminals in einer bestimmten Region nicht besonders ausgeprägt ist. Die Begutachtung der Terminalpreise zeigte ebenso, dass die Preise für die einzelnen Abnehmer beider Unternehmen (ABT und EMO-EKOM) erheblich voneinander abweichen.
- (20) Bezüglich der speziellen Situation für jede der oben bereits festgestellten Abnehmergruppen sind in der Entscheidung die Terminals zusammengestellt, die von den einzelnen in verschiedenen Gebieten angesiedelten Abnehmergruppen genutzt werden, sowie ihre tatsächlichen Möglichkeiten, zwischen Terminals zu wechseln. Diese Bewertung beruht auf den Antworten der Abnehmer aus den detaillierten Fragebögen sowie auf den mit einer Vielzahl von Abnehmern durchgeführten Einzelgesprächen. Alle Abnehmer hoben hervor, dass ihre Wahl der Terminals sehr stark durch die Kosten für Seefracht und Binnenlandtransporte bestimmt sind. Weiterhin bestimmen und begrenzen viele andere Faktoren die Wahl des Terminals für jeden Abnehmer. Hierzu zählen z. B. die Teilnahme an Teilfrachtdiensten⁽¹⁾, zusätzliche Dienste und Lagerkapazitäten der Terminals, Überlastungsrisiko, die Anzahl und Lage der Betriebe der Abnehmer, Zugang und Tauglichkeit von Schleppkahn- oder Bahnverbindungen, Versorgungssicherheit (z. B. in Zeiten des Wasserpegeltiefstands des Rheins) oder das Bestehen langfristiger Verträge mit Anbietern von Binnenlandtransporten.
- (21) Die Auswertung hat bestätigt, dass der Umfang der Austauschbarkeit zwischen dem ABT-Terminal und dem EMO-EKOM-Terminal sehr begrenzt ist. Auf der Grundlage der Marktuntersuchungsergebnisse wird die tatsächliche Austauschbarkeit in der Entscheidung wie folgt bemessen: die Menge, die ABT von EMO-EKOM ersetzen kann, ist marginal im Verhältnis zur Gesamtmenge von EMO-EKOM (weniger als 5 %). Diese Menge setzt EMO-EKOM nicht unter Wettbewerbsdruck, insbesondere weil die wichtigsten Abnehmer nicht beabsichtigen zu wechseln. Die Menge, die EMO-EKOM von ABT ersetzen kann, ist im Verhältnis zur Gesamtmenge von ABT (weniger als 10 %) ebenfalls gering. Dieser Umfang bewirkt nur einen sehr begrenzten Wettbewerbsdruck auf ABT, insbesondere weil die wichtigsten Abnehmer von ABT keinen Wechsel beabsichtigen.
- (22) All dies untermauert die Schlussfolgerung, dass die Häfen Rotterdam/Amsterdam/Zeeland einen separaten räumlichen Markt gegenüber Antwerpen/Gent/Dünkirchen⁽²⁾ darstellen. Die Wettbewerbsbedingungen sind in diesen zwei Gebieten nicht dieselben. Allerdings gibt es in begrenztem Umfang Wettbewerb am Rande dieser räumlichen Märkte, der allerdings hauptsächlich auf die Mengen der Händler abzielt.
- (23) Demgegenüber wäre der räumlich relevante Markt für den Umschlagsverkehr von Kohle und Eisenerz weiter und würde alle Hochseehäfen zwischen Göteborg und Le Havre abdecken und sich auch auf britische und irische Hochseehäfen erstrecken.

⁽¹⁾ Auch „Paketdienste“ genannt. Ein Teilfrachtdienst liefert Ladungen von mehreren Abnehmern, deren Einfuhrmengen zu gering sind, als dass es für sie wirtschaftlich wäre, ein eigenes unabhängiges Schiff zu chartern.

⁽²⁾ Die Frage, ob die Häfen Gent und Dünkirchen demselben räumlich relevanten Markt wie Antwerpen angehören oder einen getrennten Markt bilden (der sich auf alle Fälle vom niederländischen Markt unterscheidet), kann offen bleiben, da in beiden Fällen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken in Bezug auf den Zusammenschluss bestehen.

3. WETTBEWERBSRECHTLICHE WÜRDIGUNG

1. Terminaldienste für Hinterlandverkehr von Kohle und Eisenerz

a) Einseitige Wirkungen

i) Stärkung der beherrschenden Stellung von ABT in Antwerpen

- (24) ABT beherrscht den Antwerpener Markt für Terminaldienste für Hinterlandverkehr von Kohle und Eisenerz (Marktanteil von 100 %) ⁽¹⁾ und ist nur einem Randwettbewerb ausgesetzt. In der Entscheidung wird untersucht, ob Sea-Invest die Möglichkeit und den Anreiz haben könnte, die gemeinsame Kontrolle an EMO-EKOM zu nutzen, um den Randwettbewerb einzuschränken oder auszuschalten. Im Zuge der gemeinsamen Kontrolle an EMO-EKOM wird Sea-Invest strategische Entscheidungen, insbesondere jene, die den Geschäftsplan, das Budget, die Ernennung der Geschäftsführung oder große Investitionen betreffen, verhindern (aber nicht aktiv bestimmen) können. Da Sea-Invest auch im Vorstand vertreten ist, wird es in gewissem Umfang über Geschäftspolitik und strategische Planung von EMO-EKOM unterrichtet sein.
- (25) Diese Befugnisse werden die Stellung von Sea-Invest nicht stärken, da die Randkunden zu anderen Terminals wechseln können. Die eingehende Marktuntersuchung hat bestätigt, dass keiner der Randkunden von ABT einzig und allein von EMO-EKOM abhängig wäre. Die meisten dieser Abnehmer nannten vielmehr andere Terminals wie OBA und Rietlanden (Amsterdam) und RBT (Rotterdam) als die besten Alternativen zu ABT. Ähnlich bestätigten die Randkunden, die in der Lage sind, ihre Mengen von EMO-EKOM zu ABT zu wechseln, dass es andere und bessere Alternativen, insbesondere andere Terminals in Rotterdam und Amsterdam, gebe. In Anbetracht der begrenzten Zahl von Randkunden hätten diese Terminals durchaus die notwendigen Kapazitäten, um deren Tonnagen aufzunehmen.
- (26) Die Untersuchung hat gezeigt, dass Sea-Invest kein Interesse daran hätte, seine Vetorechte zum Blockieren wichtiger Entscheidungen einzusetzen und damit zu versuchen, den ohnehin geringen Wettbewerbsdruck seitens EMO-EKOM weiter zu verringern. In Anbetracht der geringen Anzahl von Randkunden und der gezielten Ausrichtung von EMO-EKOM auf die steigenden Kohleeinfuhren nach Deutschland wären die Kosten eines solchen Vetos im Verhältnis zu den von Sea-Invest angestrebten Vorteilen zu hoch.

ii) Einseitige Preiserhöhung von EMO-EKOM

- (27) Ein anderes denkbare Wettbewerbsproblem hinsichtlich der einseitigen Wirkungen des Zusammenschlussvorhabens besteht darin, dass dieser EMO-EKOM die Möglichkeit und Anreize zu Preiserhöhungen geben könnte. Sol-

che einseitigen Wirkungen wären möglich, wenn vor der Fusion i) Sea-Invest EMO-EKOM durch entsprechenden Wettbewerbsdruck an Preiserhöhungen hindert und ii) der Zusammenschluss diesen Wettbewerbsdruck auf EMO-EKOM erheblich schwächt oder vollkommen ausräumt. Die eingehende Marktuntersuchung hat bewiesen, dass keine der zwei vorgenannten Bedingungen erfüllt ist.

- (28) Erstens sind EMO-EKOM und Sea-Invest in verschiedenen räumlichen Märkten tätig und jeder von Sea-Invest-Terminals ausgeübte mögliche Druck auf EMO-EKOM ist auf weniger als 5 % der von EMO-EKOM abgewickelten Gesamtmenge beschränkt. Ferner haben Abnehmer von EMO-EKOM zumeist andere Terminals in Rotterdam oder Amsterdam als möglichen Ersatz genannt, insbesondere OBA oder Rietlanden. Zweitens ist es für den Fall, dass Wettbewerbsdruck von Sea-Invest-Terminals auf EMO-EKOM bestand, höchst unwahrscheinlich, dass dieser Wettbewerbsdruck durch den Erwerb einer mitkontrollierenden Beteiligung wesentlich geschwächt wird. Sea-Invest würde kein Interesse daran haben, den Wettbewerb von ABT gegenüber EMO-EKOM zu entspannen, denn es muss Tonnage für Antwerpen gewinnen, da es im Gegensatz zu Rotterdam nicht maßgeblich von den steigenden Kohleeinfuhren nach Deutschland profitieren wird.
- (29) Folglich bestehen für das Vorhaben keine Wettbewerbsbedenken hinsichtlich einseitiger Wirkungen, die eine Stärkung der beherrschenden Stellung von Sea-Invest oder mögliche Preiserhöhungen von EMO-EKOM bewirken könnten.

b) Koordinierte Wirkungen

- (30) Außerdem werden in der Entscheidung nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c wettbewerbsrechtliche Bedenken hinsichtlich einer möglichen Abstimmung des Verhaltens zwischen Sea-Invest und EMO-EKOM sowie mit anderen von den Gesellschaftern von EMO-EKOM kontrollierten Terminals (OBA, EBS, RBT, OVET) infolge der geschaffenen strukturellen Verbindungen zwischen Sea-Invest, EMO-EKOM, HES und Manufrance geltend gemacht. Unter Berücksichtigung des oben definierten räumlichen Marktes sind die von Sea-Invest kontrollierten Terminals einerseits und EMO-EKOM sowie die von HES und Manufrance kontrollierten Terminals andererseits auf verschiedenen Märkten tätig. Demzufolge sind wettbewerbsbeschränkende Verhaltensabstimmungen infolge des Zusammenschlusses unwahrscheinlich, wenn man den begrenzten Wettbewerbsdruck zwischen ihnen bedenkt.
- (31) Soweit ein gewisser Randwettbewerb zwischen ABT und anderen Terminals der A.R.A.-Häfen besteht, gibt es der eingehenden Untersuchung zufolge keine Hinweise darauf, dass das Zusammenschlussvorhaben zu koordinierten Wirkungen führen könnte. Die Untersuchung zeigte, dass die Geschäftsführung der Terminals im operativen Betrieb des Terminals (einschließlich Preispolitik für Einzelabnehmer oder Expansionspläne) relativ unabhängig ist. Eine Abstimmung ist auch insofern wenig wahrscheinlich, als die Anteilseigner von EMO-EKOM bezüglich ihrer Aktivitäten und vertikalen Integration ziemlich

⁽¹⁾ Sea-Invest hätte auch dann eine beherrschende Stellung, wenn die Häfen von Gent und Dünkirchen zum räumlich relevanten Markt zählten, da die Terminals, die für nicht gebundene Abnehmer Kohle und Eisenerz abfertigen, von Sea-Invest kontrolliert werden. Die folgende Analyse wäre dieselbe, wenn Gent und Dünkirchen zum selben Markt wie Antwerpen gehören würden.

unterschiedlich wären. Die Markttransparenz ist hinsichtlich von Einzelabnehmern in Verhandlungen vereinbarter Preiskonditionen begrenzt. Wegen der Besonderheiten jedes Abnehmers, insbesondere bezüglich seines geografischen Standorts, können die Terminaldienste nicht als gleichartig angesehen werden. Die eingehende Untersuchung hat außerdem keinen Beweis eines glaubhaften abschreckenden Mechanismus geliefert. Schließlich bewirken die beiden anderen Wettbewerber (insbesondere Rietlanden) sowie die großen Abnehmer wichtigen Druck, der imstande ist, die erwartete Folge der Abstimmung zu gefährden.

- (32) Unter Berücksichtigung des oben Gesagten wirft der Zusammenschluss in Bezug auf koordinierte Wirkungen zwischen Sea-Invest, EMO-EKOM, HES und Manufrance keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken auf.

c) Artikel 2 Absatz 4

- (33) Die Marktuntersuchung betätigte, dass der Zusammenschluss nicht zu einer Abstimmung zwischen Sea-Invest, HES and Manufrance im Markt für Terminals für andere Massengüter führt. Es liegen keine Hinweise dafür vor, dass der Eintritt von Sea-Invest als Gesellschafter in den Kohle- und Eisenerzterminal von EMO-EKOM zu einer Abstimmung mit HES und Manufrance bei anderen Massengütern führen könnte. Ferner gibt es eine Vielzahl von

unabhängigen Terminals, die andere Massengüter im Bereich der A.R.A.-Häfen abwickeln.

2. Terminaldienste für Umschlagsverkehr von Kohle und Eisenerz

- (34) In ihrer Entscheidung kommt die Kommission unter Berücksichtigung der begrenzten Umschlagsmengen von Sea-Invest und EMO-EKOM und des Bestehens mehrerer alternativer Terminals zu dem Ergebnis, dass sich für den Zusammenschluss keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken in Bezug auf den Markt für Terminaldienste für den Umschlagsverkehr von Kohle und Eisenerz ergeben.

4. SCHLUSSFOLGERUNG

- (35) In der Entscheidung wird der Schluss gezogen, dass das Zusammenschlussvorhaben keinen Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken gibt, da er den wirksamen Wettbewerb im Gemeinsamen Markt oder einem wesentlichen Teil desselben nicht erheblich behindern wird.
- (36) Die Kommission erklärt den angemeldeten Zusammenschluss daher nach Artikel 8 Absatz 1 der EG-Fusionskontrollverordnung und nach Artikel 57 EWR-Vertrag als mit dem Gemeinsamen Markt und dem EWR-Abkommen vereinbar.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 19. Oktober 2007

zur Änderung der Entscheidung 2005/393/EG hinsichtlich Sperrzonen im Zusammenhang mit der Blauzungenkrankheit

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2007) 5054)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2007/688/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 2000/75/EG des Rates vom 20. November 2000 mit besonderen Bestimmungen für Maßnahmen zur Bekämpfung und Tilgung der Blauzungenkrankheit ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Richtlinie 2000/75/EG wurden Kontrollvorschriften und Maßnahmen zur Bekämpfung der Blauzungenkrankheit in der Gemeinschaft festgelegt, einschließlich der Einrichtung von Schutz- und Überwachungszonen sowie eines Verbots der Verbringung von Tieren aus diesen Zonen.
- (2) Mit der Entscheidung 2005/393/EG der Kommission vom 23. Mai 2005 zur Abgrenzung von Schutz- und Überwachungszonen in Bezug auf die Blauzungenkrankheit und zur Regelung der Verbringung von Tieren innerhalb der und aus diesen Zonen ⁽²⁾ wurden die geografischen Gebiete abgegrenzt, in denen die Mitgliedstaaten Schutz- und Überwachungszonen („die Sperrzonen“) in Bezug auf die Blauzungenkrankheit einrichten sollen.
- (3) Nachdem im Juli 2007 Ausbrüche der Blauzungenkrankheit vom Serotyp 1 in Südspanien gemeldet wurden, hat Spanien wegen dieser Ausbrüche eine Sperrzone eingerichtet.
- (4) Auf begründeten Antrag Spaniens ist es angezeigt, die Abgrenzung der Sperrzone E in Anhang I der Entscheidung 2005/393/EG zu ändern und eine neue Zone einzurichten, in der die Serotypen 1 und 4 nebeneinander vorkommen.
- (5) Nachdem Mitte August und Anfang September 2006 von Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden

Ausbrüche der Blauzungenkrankheit gemeldet wurden, hat die Kommission die Entscheidung 2005/393/EG in Bezug auf die Abgrenzung der betreffenden Sperrzonen mehrmals geändert.

- (6) Auf begründeten Antrag Frankreichs und Deutschlands ist es angezeigt, die Abgrenzung der Sperrzone in Frankreich und Deutschland zu ändern.
- (7) Nach der Erweiterung der Sperrzone in Deutschland aufgrund der jüngsten Ausbrüche in Bayern und Schleswig-Holstein ist es angezeigt, Sperrzonen in der Tschechischen Republik und in Dänemark abzugrenzen.
- (8) Die Entscheidung 2005/393/EG sollte entsprechend geändert werden.
- (9) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I der Entscheidung 2005/393/EG wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Entscheidung geändert.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 19. Oktober 2007

Für die Kommission

Markos KYPRIANOU

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 74. Entscheidung zuletzt geändert durch die Entscheidung 2006/104/EG (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 352).

⁽²⁾ ABl. L 130 vom 24.5.2005, S. 22. Entscheidung zuletzt geändert durch die Entscheidung 2007/357/EG (ABl. L 133 vom 25.5.2007, S. 44).

ANHANG

Anhang I der Entscheidung 2005/393/EG wird wie folgt geändert:

1. Die Liste der Sperrzonen in *Zone E (Serotyp 4)* für Spanien erhält folgende Fassung:

„Spanien:

- Autonome Region Extremadura: Provinzen Cáceres, Badajoz
- Autonome Region Andalusien: Provinzen Cádiz, Córdoba, Huelva, Jaén (Comarcas Alcalá la Real, Andújar, Huelma, Jaén, Linares, Santiesteban del Puerto, Úbeda), Málaga, Sevilla
- Autonome Region Castilla-La Mancha: Provinzen Albacete (Comarca Alcaraz), Ciudad Real, Toledo
- Autonome Region Castilla y León: Provinzen Ávila (Comarcas Arenas de San Pedro, Candeleda, Cebreros, El Barco de Ávila, Las Navas del Marqués, Navaluenga, Sotillo de la Adrada), Salamanca (Comarcas Béjar, Ciudad Rodrigo, Sequeros)
- Autonome Region Madrid: Provinz Madrid (Comarcas Alcalá de Henares, Aranjuez, Arganda del Rey, Colmenar Viejo, El Escorial, Griñon, Stadt Madrid, Navacarnero, San Martín de Valdeiglesias, Torrelaguna, Villarejo de Salvanés)“.

2. Die Liste der Sperrzonen in *Zone F (Serotyp 8)* für Frankreich erhält folgende Fassung:

„Frankreich:

Schutzzone:

- Departement Aisne
- Departement Ardennes
- Departement Aube
- Departement Cher: Kantone Aix-d'Angillon, Baugy, Guerche-sur-l'Aubois, Henrichemont, Léré, Nérondes, Sancerres, Sancerre, Sancoins, Vailly-sur-Sauldre
- Departement Côte-d'Or
- Departement Eure: Arrondissement Les Andelys
- Departement Loiret: Arrondissement Montargis
- Departement Marne
- Departement Haute-Marne
- Departement Meurthe-et-Moselle
- Departement Meuse
- Departement Moselle
- Departement Nièvre
- Departement Nord
- Departement Oise
- Departement Pas-de-Calais

- Departement Bas-Rhin
 - Departement Saône-et-Loire: Arrondissement Autun
 - Departement Seine-Maritime
 - Departement Seine-et-Marne
 - Departement Somme
 - Departement Val-d'Oise
 - Departement Vosges
 - Departement Yonne
- Überwachungszone:
- Departement Allier
 - Departement Calvados: Arrondissements Bayeux, Caen, Lisieux
 - Departement Cher: Arrondissement Vierzon und Kantone Bourges, Charenton-du-Cher, Chârost, Châteaumeillant, Châteauneuf-sur-Cher, Le Châtelet, Dun-sur-Auron, Levet, Lignières, Saint-Amand-Montrond, Saint-Martin-d'Auxigny, Saulzais-le-Potier, Saint-Doulchard
 - Departement Doubs: Arrondissements Besançon, Montbéliard
 - Departement Essonne
 - Departement Eure: Arrondissements Bernay, Evreux
 - Departement Eure-et-Loir: Arrondissement Dreux und Kantone Auneau, Chartres-Nord-Est, Janville, Maintenon
 - Departement Indre: Arrondissement Issoudun
 - Departement Jura: Arrondissement Dole
 - Departement Loir-et-Cher: Arrondissement Romorantin-Lanthenay
 - Departement Loiret: Arrondissements Orléans und Pithiviers
 - Departement Orne: Kantone L'Aigle-Est, L'Aigle-Ouest, Argentan-Est, Argentan-Ouest, Bazoches-sur-Hoëne, Courtomer, Ecouché, Exmes, La Ferté-Frênel, Gacé, Longny-au-Perche, Le Mêle-sur-Sarthe, Le Merlerault, La Mortagne-au-Perche, Mortrée, Moulins-la-Marche, Putanges-Pont-Ecrepin, Sées, Tourouvre, Trun, Vimoutiers
 - Departement Haut-Rhin
 - Departement Haute-Saône
 - Departement Saône-et-Loire: Arrondissements Chalon-sur-Saône, Charolles, Louhans, Mâcon
 - Departement Hauts-de-Seine
 - Departement Seine-Saint-Denis
 - Departement Val-de-Marne
 - Departement Ville de Paris
 - Departement Territoire de Belfort
 - Departement Yvelines“.

3. Die Liste der Sperrzonen in Zone F (Serotyp 8) für Deutschland erhält folgende Fassung:

„Deutschland:

Baden-Württemberg

Gesamtes Landesgebiet

Bayern

Stadt Amberg

Landkreis Amberg-Sulzbach

Landkreis Ansbach

Stadt Ansbach

Landkreis Aschaffenburg

Stadt Aschaffenburg

Landkreis Bad Kissingen

Stadt Bamberg

Landkreis Bamberg

Stadt Bayreuth

Landkreis Bayreuth

Landkreis Cham ohne die Gemeinde Lohberg

Stadt Coburg

Landkreis Coburg

Im Landkreis Dillingen: Bächingen a. d. Brenz, Blindheim, Medlingen, Haunsheim, Wittislingen, Mödingen, Finningen, Bissingen, Lutzingen, Ziertheim, Bachhagel, Zöschingen, Syrgenstein, Gundelfingen a. d. Donau und Lauingen (Donau)

Landkreis Donau-Ries

Im Landkreis Eichstätt: Gemeinden Adelschlag, Altmannstein, Beilngries, Böhmfeld, Buxheim, Denkendorf, Dollnstein, Egweil, Eichstätt, Eitensheim, Gaimersheim, Haunstetter Forst, Hepberg, Hitzhofen, Kinding, Kipfenberg, Kösching, Lenting, Mörnshiem, Nassenfels, Pollenfeld, Schernfeld, Stammham, Titting, Walting, Wellheim, Wettstetten

Stadt Erlangen

Landkreis Erlangen-Höchstadt

Landkreis Forchheim

Stadt Fürth

Landkreis Fürth

Landkreis Haßberge

Stadt Hof

Landkreis Hof

Stadt Ingolstadt

Landkreis Kitzingen

Landkreis Kronach

Landkreis Kulmbach

Landkreis Lichtenfels

Landkreis Main-Spessart

Landkreis Miltenberg

Landkreis Neuburg-Schrobenhausen: Bergheim, Neuburg a. d. Donau, Rennertshofen

Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz

Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Landkreis Neustadt a. d. Aisch — Bad Windsheim

Im Landkreis Neu-Ulm: Elchingen

Stadt Neu-Ulm

Landkreis Nürnberger Land

Stadt Nürnberg

Landkreis Regensburg

Stadt Regensburg

Landkreis Rhön-Grabfeld

Landkreis Roth

Stadt Schwabach

Landkreis Schwandorf

Landkreis Schweinfurt

Stadt Schweinfurt

Landkreis Tirschenreuth

Stadt Weiden

Landkreis Weißenburg — Gunzenhausen

Landkreis Würzburg

Stadt Würzburg

Landkreis Wunsiedel i. F.

Brandenburg

Im Landkreis Havelland: Gemeinden Bamme, Bützer, Döberitz, Großderschau, Großwudicke, Havelaue, Jerchel, Milow, Mögelin, Möthlitz, Nitzahn, Premnitz, Rathenow, Rhinow, Schönholz-Neuwerder, Seeblick, Stölln, Vieritz, Zollchow

Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin: Gemeinden Breddin und Kötzlin

Im Landkreis Potsdam-Mittelmark: Gemeinden Bendsdorf, Boecke, Buckau, Bücknitz, Dretzen, Fohrde, Glienecke, Görzke, Gräben, Köpernitz, Pritzerbe, Rosenau, Rottstock, Steinberg, Wenzlow, Wollin, Wusterwitz, Ziesar

Landkreis Prignitz, ausgenommen Gemeinden Demerthin, Vehlow, Wutike

Freie Hansestadt Bremen

Gesamtes Landesgebiet

Freie und Hansestadt Hamburg

Gesamtes Landesgebiet

Hessen

Gesamtes Landesgebiet

Mecklenburg-Vorpommern

Im Landkreis Bad Doberan: Gemeinden Admannshagen-Bargeshagen, Alt Bukow, Stadt Bad Doberan, Bartenshagen-Parkentin, Bastorf, Benitz, Biendorf, Börgerende-Rethwisch, Bröbberow, Carinerland, Elmenhorst/Lichtenhagen, Hohenfelde, Kassow, Kirch Mulsow, Kritzmow, Stadt Kröpelin, Stadt Kühlungsborn, Lambrechtshagen, Stadt Neubukow, Nienhagen, Papendorf, Reddelich, Stadt Rerik, Retschow, Rukieten, Satow, Am Salzhaff, Stadt Schwaan, Stäbelow, Steffenshagen, Vorbeck, Wiendorf, Wittenbeck, Ziesendorf

Im Landkreis Güstrow: Gemeinden Baumgarten, Bernitt, Bützow, Dobbin-Linstow, Dolgen am See, Dreetz, Gültzow-Prützen, Güstrow, Jürgenshagen, Klein Belitz, Krakow am See, Kuchelmiß, Lohmen, Lüssow, Penzin, Tarnow, Warnow, Weitendorf, Zehna, Zepelin

Landkreis Ludwigslust

Im Landkreis Müritzt: Gemeinden Alt Schwerin, Altenhof, Fünfseen, Jaebetz, Stadt Malchow, Nossentiner Hütte, Stuer, Zislow

Landkreis Nordwestmecklenburg

Landkreis Parchim

Landeshauptstadt Schwerin

Hansestadt Wismar

Niedersachsen

Gesamtes Landesgebiet

Nordrhein-Westfalen

Gesamtes Landesgebiet

Rheinland-Pfalz

Gesamtes Landesgebiet

Saarland

Gesamtes Landesgebiet

Sachsen

Landkreis Annaberg

Landkreis Aue-Schwarzenberg

Stadt Chemnitz

Landkreis Chemnitzer Land

Landkreis Delitzsch

Landkreis Döbeln

Landkreis Freiberg

Stadt Leipzig

Landkreis Leipziger Land

Im Landkreis Meißen: Heynitz, Käbschütztal, Ketzerbachtal, Leuben-Schleinitz, Lommatzsch, Nossen, Taubenheim, Triebischtal

Landkreis Mittlerer Erzgebirgskreis

Landkreis Mittweida

Landkreis Muldentalkreis

Stadt Plauen

Im Landkreis Riesa-Großenhain: Riesa, Röderau-Bobersen, Stauchitz, Strehla, Zeithain

Landkreis Stollberg

Landkreis Torgau-Oschatz

Landkreis Vogtlandkreis

Landkreis Weißeritzkreis

Stadt Zwickau

Landkreis Zwickauer Land

Sachsen-Anhalt

Gesamtes Landesgebiet

Schleswig-Holstein

Gesamtes Landesgebiet

Thüringen

Gesamtes Landesgebiet“.

4. Die Liste der Sperrzonen in *Zone F (Serotyp 8)* wird durch die Aufnahme folgender tschechischer Gebiete geändert:

„T s c h e c h i s c h e R e p u b l i k :

— Region Karlovy Vary: Bezirke Sokolov, Cheb und Karlovy Vary

— Region Plzeň: Bezirke Tachov, Domažlice, Klatovy, Plzeň-město, Plzeň-jih, Plzeň-sever und Rokycany

— Region Zentralböhmen: Bezirk Rakovník

— Region Ústí nad Labem: Bezirke Chomutov, Louny, Most und Teplice“.

5. Die Liste der Sperrzonen in *Zone F (Serotyp 8)* wird durch die Aufnahme folgender dänischer Gebiete geändert:

„D ä n e m a r k :

— Im Bezirk Südjütland: Gemeinden Haderslev, Tønder, Aabenraa und Sønderborg

— Im Bezirk Funen: Gemeinden Assens, Fåborg-Midtfyn, Langeland, Svendborg und Ærø

— Im Bezirk Storstroem: Gemeinde Lolland“.

6. Folgende neue Zone wird hinzugefügt:

„Zone I
(Serotypen 1 und 4)

Spanien:

- Autonome Region Extremadura: Provinz Badajoz
 - Autonome Region Andalusien: Provinzen Cádiz, Huelva, Córdoba, Sevilla, Málaga und Jaén (Comarcas Alcalá la Real, Huelma, Úbeda, Linares, Andújar, Jaén und Santiesteban del Puerto)
 - Autonome Region Castilla-La Mancha: Provinz Ciudad Real (Comarcas Almadén, Almodóvar del Campo, Calzada de Calatrava, Ciudad Real und Piedrabuena)“.
-

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 25. Oktober 2007

zur Änderung der Anlage des Anhangs VI der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens hinsichtlich bestimmter Milch verarbeitender Betriebe in Bulgarien

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2007) 5170)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2007/689/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens, insbesondere auf Anhang VI Kapitel 4 Abschnitt B Buchstabe f Unterabsatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene⁽¹⁾ und die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs⁽²⁾ sehen bestimmte strukturelle Anforderungen an Betriebe vor, die in den Geltungsbereich dieser Verordnungen fallen.
- (2) Anhang VI Kapitel 4 Abschnitt B Buchstaben a und c der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens sieht vor, dass bestimmte strukturelle Anforderungen, die in diesen Verordnungen festgelegt sind, unter bestimmten Bedingungen bis zum 31. Dezember 2009 nicht für die in den Kapiteln I und II der Anlage zu Anhang VI der Akte über den Beitritt aufgeführten Betriebe in Bulgarien gelten sollen.
- (3) In Kapitel I der Anlage zu Anhang VI findet sich die Liste der konformen Betriebe, die konforme und nicht konforme Milch ohne getrennte Behandlung annehmen und verarbeiten dürfen; Kapitel II der genannten Anlage enthält die Liste der konformen Betriebe, die konforme und nicht konforme Milch bei getrennter Behandlung annehmen und verarbeiten dürfen.
- (4) Diese Listen der Betriebe wurden mit der Entscheidung 2007/26/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 zur Änderung der Anlage des Anhangs VI der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens hinsichtlich bestimmter Milch verarbeitender Betriebe in Bulgarien⁽³⁾ geändert.

- (5) Bulgarien hat nunmehr die Lage im Milchsektor überprüft und die in den Kapiteln I und II der Anlage zu Anhang VI aufgeführten Betriebe erneut bewertet.
- (6) Die Bewertung hat ergeben, dass in Kapitel I aufgeführte Betriebe den strukturellen Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 nicht entsprechen. Daher sollten diese Betriebe aus der Liste in Kapitel I gestrichen werden. Nur 11 Betriebe, die keine praktischen Schwierigkeiten bei der ordnungsgemäßen Handhabung zweier getrennter Produktionslinien haben, sollten weiterhin auf der Liste in Kapitel II aufgeführt sein.
- (7) Im Interesse der Klarheit des Gemeinschaftsrechts ist es zweckmäßig, die Listen der Betriebe in den Kapiteln I und II der Anlage zu Anhang VI der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens durch die Listen im Anhang der vorliegenden Entscheidung zu ersetzen.
- (8) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Anlage zu Anhang VI der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens erhält die Fassung des Anhangs der vorliegenden Entscheidung.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 25. Oktober 2007

Für die Kommission

Markos KYPRIANOU

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1. Berichtigung im ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 3.

⁽²⁾ ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55. Berichtigung im ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 22. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates (AbL. L 363 vom 20.12.2006, S. 1).

⁽³⁾ ABl. L 8 vom 13.1.2007, S. 35.

ANHANG

„Anlage zu Anhang VI

KAPITEL I

Verzeichnis der Milch verarbeitenden Betriebe, die nicht konforme Milch verarbeiten, gemäß Anhang VI Kapitel 4 Abschnitt B Buchstabe a

KAPITEL I

Verzeichnis der Milch verarbeitenden Betriebe, die konforme und nicht konforme Milch verarbeiten, gemäß Anhang VI Kapitel 4 Abschnitt B Buchstaben a und c

Nr.	Vet.-Nr.	Name und Anschrift des Betriebes	Betroffener Standort
Region Veliko Tarnovo — Nr. 4			
1.	BG 0412010	„Bi Si Si Handel“ OOD	gr. Elena ul. „Treti mart“ 19
Region Vidin — Nr. 5			
2.	BG 0512025	„El Bi Bulgarikum“ EAD	gr. Vidin YUPZ
Region Vratsa — Nr. 6			
3.	BG 0612027	„Mlechen ray — 99“ EOOD	gr. Vratsa
4.	BG 0612043	ET „Zorov-91-Dimitar Zorov“	gr. Vratsa
Region Plovdiv — Nr. 16			
5.	BG 1612001	„OMK“ AD	gr. Plovdiv bul. „Dunav“ 3
6.	BG 1612011	„Em Dzhey Deriz“ EOOD	gr. Karlovo bul. „Osvobozhdenie“ 69
Region Silistra — Nr. 19			
7.	BG 1912013	„ZHOSI“ OOD	s. Chernolik
Region Sliven — Nr. 20			
8.	BG 2012020	„Yotovi“ OOD	gr. Sliven kv. „Rechitsa“
Region Targovishte — Nr. 25			
9.	BG 2512020	„Mizia-Milk“ OOD	gr. Targovishte Industrialna zona
Region Haskovo — Nr. 26			
10.	BG 2612047	„Balgarsko sirene“ OOD	gr. Haskovo bul. „Saedinenie“ 94
Region Shumen — Nr. 27			
11.	BG 2712014	„Stars kampani“ OOD	gr. Shumen ul. „Trakiyska“ 3“

III

(In Anwendung des EU-Vertrags erlassene Rechtsakte)

IN ANWENDUNG VON TITEL V DES EU-VERTRAGS ERLASSENE
RECHTSAKTE

BESCHLUSS 2007/690/GASP DES RATES

vom 22. Oktober 2007

**zur Durchführung der Gemeinsamen Aktion 2005/557/GASP über die zivil-militärische
Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der
Region Darfur in Sudan und in Somalia**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf die Gemeinsame Aktion 2005/557/GASP des Rates vom 18. Juli 2005 über die zivil-militärische Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan und in Somalia ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 2 dieser Gemeinsamen Aktion in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 23. April 2007 den Beschluss 2007/244/GASP zur Durchführung der Gemeinsamen Aktion 2005/557/GASP über die zivil-militärische Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan und in Somalia ⁽²⁾ angenommen, mit dem die Finanzierung der zivilen Komponente der Unterstützungsaktion bis zum 31. Oktober 2007 verlängert wurde.
- (2) Es wurde beschlossen, bis zum Übergang der Mission der Afrikanischen Union zu einer „hybriden“ VN/AU-Operation (UNAMID) die zivil-militärische Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan und in Somalia bis zum 31. Dezember 2007 fortzusetzen.
- (3) In der Resolution 1769 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 ist vorgesehen, dass die Übertragung der Befehlsgewalt von der AMIS auf die UNAMID spätestens am 31. Dezember 2007 erfolgen sollte.
- (4) Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee ist am 21. September 2007 übereingekommen, dass die zivile Komponente der zivil-militärischen Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan und in Somalia zu dem Zeitpunkt beendet werden sollte, zu dem die Befehlsgewalt von der AMIS auf die UNAMID übertragen wird.

- (5) Hinsichtlich der zivilen Komponente sollte der Rat folglich über die Finanzierung der Fortsetzung der Unterstützungsaktion entsprechend dem oben genannten Zeitplan entscheiden.
- (6) Die Lage, in der die Unterstützungsaktion durchgeführt wird, kann sich verschlechtern, wodurch die Ziele der GASP gemäß Artikel 11 des Vertrags in Frage gestellt werden könnten —

BESCHLIESST:

Artikel 1

- (1) Der als finanzieller Bezugsrahmen dienende Betrag zur Deckung der Ausgaben in Verbindung mit der Durchführung von Abschnitt II der Gemeinsamen Aktion 2005/557/GASP vom 1. Mai 2007 bis zum 30. April 2008 beträgt 2 125 000 EUR. Mit diesem Betrag wird der Zeitraum des laufenden Mandats der Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan (AMIS II) und im Anschluss daran der Zeitraum für die Auflösung der zivilen Komponente der zivil-militärischen Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan und in Somalia abgedeckt.
- (2) Ausgaben, die aus dem in Absatz 1 festgelegten Betrag bestritten werden, werden nach den für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union geltenden Verfahren und Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft verwaltet, mit der Ausnahme, dass eine etwaige Vorfinanzierung nicht im Eigentum der Gemeinschaft verbleibt.

Angehörigen von Drittstaaten ist die Angebotsabgabe gestattet.

- (3) Ausgaben können ab dem 1. Mai 2007 getätigt werden.

⁽¹⁾ ABl. L 188 vom 20.7.2005, S. 46. Geändert durch die Gemeinsame Aktion 2007/245/GASP des Rates (ABl. L 106 vom 24.4.2007, S. 65).

⁽²⁾ ABl. L 106 vom 24.4.2007, S. 63.

Artikel 2

Der Beschluss 2007/244/GASP des Rates wird aufgehoben.

Artikel 3

Dieser Beschluss wird am Tag seiner Annahme wirksam.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Luxembourg am 22. Oktober 2007.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. SILVA
